

Datenhandbuch 1949 – 1999,
daraus kopierte Einträge
Eugen Gerstenmaier“ —
[ohne Kopien aus den Indices.]

Es existiert weiter das offizielle
“Datenhandbuch ... 1949-1999,
in einer dreibdgn. Printversion
die “Bundestagsprotokolle“
online und die aktuell, archi-
vischen Aufbereitungen der
homepage / dt. Bundestag.

Die karge Darstellung & nur
spärlich ästhetisierte Präsenta-
tion ist zweierlei geschuldet :

Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999

a] unterliegt d. Darstellende augenblicklich einer Stresssituation aus repressiver Organisation & Reglementierung durch einen widerrechtlichen Kontrollterror – auch allgemeiner Tendenz & des Versuchs der Organisation & “Auffrischung“ einer Arbeitsblockierung nach provinziell, kassler autoritär-dandestinen Desorganisations-, Subordinations- & formalen Hierarchisierungsmethoden und **b]** beeinflusst bereits seit den 60 Jahren eine gewisse Verweigerungs- & letztlich falsche Protesthaltung Arbeitsprozesse in Richtung eines Abbruchs – gerade unter diesen miesen > Formalien < zu denen immer auch noch die weiter nach “rechts“ driftenden politischen Verhältnisse beitragen . . .

Gerstenmaier, Eugen († 13. 3. 1986)

MdB 1.–5. WP (CDU)

BTPPräs > [1] 757, 864–865, 868–869, 886, 950, 1138,
1225 • [2] 1490, 1693–1694, 1698–1700, 1738,
1740, 1742–1743, 1788, 1979, 1986–1987, 1990,
1997–1999, 2011, 2652, 2896, 2907, 2911 • [3]
3159, 3186, 3190, 3192, 3236, 3238–3240, 3286–
3288, 3290–3292, 3345–3347, 3482, 3484–3485,
3613–3614, 3639, 3642–3644, 3646, 3649

FrVst > [1] 950

AVst > [1] 757, 886 • [2] 2035, 2041 • [3] 3614

MdEP 16. 7. 1952–3. 12. 1954 (CDU)

Bibl. > [1] 488

Sonst. > [1] 143, 415, 1139, 1174, 1225 • [2] 1738,
1984, 2017, 2947 • [3] 3186, 3632, 3662

12. 1. 1965	Konstituierung des „Integrations-Ältestenrates“, eines Koordinierungsgremiums insbesondere zwischen Bundestag und Europäischem Parlament	interfraktionelle Vereinbarung	letztmalig am 14. 2. 1967 zusammengesetzt; vgl. auch „Europa-Kommission“ unter dem Datum 16. 6. 1983
-------------	--	--------------------------------	--

p. 2857 & p. 3612 & 3613 :

24.10 Koordinierungsgremien beim Bundestag

Anfangs zum Zwecke der besseren Koordinierung der Arbeit der europäischen Institutionen und des Deutschen Bundestages sind immer wieder besondere institutionelle Lösungen diskutiert worden (z. B. unter dem Stichwort „Europa-Ausschuß“ das Modell eines ständigen Ausschusses). 1965 wurde beim Bundestag zunächst der sogenannte „Integrations-Ältestenrat“ eingerichtet, der seine Tätigkeit jedoch schon nach zwei Jahren mit dem Tod seiner Vorsitzenden – der Bundestagsvizepräsidentin *Maria Probst* – beendete.

Besondere Bedeutung erlangte die Frage eines Koordinierungsgremiums freilich erst durch den Wegfall der Doppelmandate nach der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments im Jahre 1979. „Damit gelangte eine Entwicklung weitgehend zum Abschluß, die seit längerer Zeit vorauszu-sehen war: die Entflechtung struktureller Verbindungen zwischen beiden Parlamenten, wie sie mehr als zwanzig Jahre lang durch das ausschließliche Doppelmandat gegeben waren. Gemeint ist die gleichzeitige Mitgliedschaft der damaligen deutschen Vertreter in „korrespondierenden“ Fraktionen und Fachausschüssen beider Parlamente.“*)

Der Deutsche Bundestag hatte schon vor der Konstituierung des direkt gewählten Europäischen Parlaments zunächst eine „Kommission des Ältestenrates zur Behandlung von Fragen der Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und dem Deutschen Bundestag“ eingerichtet. Diese Kommission sah ihre Aufgabe vorrangig darin, die eher formalen und technischen Probleme der Zusammenarbeit zu lösen.

*) *Eberhard Schoof*, Bundestag und Europäisches Parlament. Zur Neugestaltung der Beziehungen seit der Direktwahl. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 13. 1982. H. 2. S. 199-204, hier: S. 199.

Integrations-Ältestenrat **)

Zwischen 1965 und 1967 bestand auf Anregung von Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier und durch Beschluß der Fraktionen ein sog. „Integrations-Ältestenrat“.

Aufgaben: – Entgegennahme der Informationen, zu deren Weitergabe die Bundesregierung nach Artikel 2 Satz 1 des Ratifizierungsgesetzes vom 25. März 1957 dem Bundestag gegenüber verpflichtet ist. Artikel 2 Satz 1 des Ratifizierungsgesetzes lautet: „Die Bundesregierung hat Bundestag und Bundesrat über die Entwicklung im Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und im Rat der Europäischen Atomgemeinschaft laufend zu unterrichten.“

- Unterrichtung über den Stand der Arbeiten beim Europäischen Parlament und dem Rat auf Grund entsprechender Kontaktpflege des Sekretariats des Integrations- Ältestenrates mit den Generalsekretariaten.
- Erörterung von Grundsatzfragen, soweit sie nicht in die Zuständigkeit der Fachausschüsse des Bundestages fallen. (Zu denken ist insbesondere an die Strukturprobleme des Europäischen Parlaments, an Grundsatzfragen institutioneller Art usw.)
- Behandlung von Routinefragen, insbesondere der Vorlagen der Bundesregierung auf Grund des Artikels 2 Satz 2 des Ratifizierungsgesetzes.
- Weitergabe von Informationen, die der Integrations-Ältestenrat erhalten hat, an die Fachausschüsse.
- Unterrichtung der Mitglieder des Europäischen Parlaments über die Beratungsergebnisse des Integrations-Ältestenrats.

Zusammensetzung : 16 Mitglieder:

Bundestagspräsident,

je ein Parlamentarischer Geschäftsführer der drei Bundestagsfraktionen, weitere 12 Mitglieder, von denen rund sechs dem Europäischen Parlament angehören sollten.

Rechtsgrundlage: Rechtlicher Status des Integrations-Ältestenrates entsprechend den späteren Unterkommissionen des Ältestenrates.

Der Integrations-Ältestenrat ist kein Beschlußorgan, er ist dem Ältestenrat zugeordnet und leitet ihm seine Vorschläge zu.

24.10 Koordinierungsgremien beim Bundestag 3613

**) Quelle: Vermerk des Bundestagsdirektors vom 20. März 1963.

Dazu : http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Buvo/Bundesvorstandsprotokolle_1969-1973.pdf

1980	„Wahlkampfabkommen für die Wahl zum 9. Deutschen Bundestag im Jahre 1980“	a) 19. 3. 1980 b) SPD, CDU, CSU, FDP	(1) Führung eines fairen und sachlichen Wahlkampfes (mit einer Reihe einzeln aufgeführter Tatbestände) (2) Begrenzung der Wahlkampfkosten ab 31. 3. 1980: SPD 40 Mio. DM, CDU 36 Mio. DM, CSU 9 Mio. DM, FDP 8 Mio. DM (3) Rechenschaftslegung über Wahlausgaben; Prüfung durch Wirtschaftsprüfer (4) Zeitliche Begrenzung zentraler Werbemaßnahmen (Plakatwerbung) auf 20 Tage vor der Wahl (5) Verzicht auf Luftwerbung sowie kommerzielle Fernseh- und Rundfunkwerbung (6) Überwachung der Einhaltung der Vereinbarungen durch Schiedsstelle	ja, bestehend aus dem unabhängigen Vorsitzenden und vier von den Parteien berufenen Beisitzern Erforderliche Mehrheit für Entscheidungen; Mehrheit der Mitglieder Vorsitzender: <i>Hermann Kunst</i> ; Beisitzer: <i>Alex Möller</i> (SPD), <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU), <i>Rudolf Hanauer</i> (CSU), <i>Bernhard Leverenz</i> (FDP)
------	---	---	---	---

Verstorbene Politiker /

1980	„Wahlkampfabkommen für die Wahl zum 9. Deutschen Bundestag im Jahre 1980“	a) 19. 3. 1980 b) SPD, CDU, CSU, FDP	(1) Führung eines fairen und sachlichen Wahlkampfes (mit einer Reihe einzeln aufgeführter Tatbestände) (2) Begrenzung der Wahlkampfkosten ab 31. 3. 1980: SPD 40 Mio. DM, CDU 36 Mio. DM, CSU 9 Mio. DM, FDP 8 Mio. DM (3) Rechenschaftslegung über Wahlausgaben; Prüfung durch Wirtschaftsprüfer (4) Zeitliche Begrenzung zentraler Werbemaßnahmen (Plakatwerbung) auf 20 Tage vor der Wahl (5) Verzicht auf Luftwerbung sowie kommerzielle Fernseh- und Rundfunkwerbung (6) Überwachung der Einhaltung der Vereinbarungen durch Schiedsstelle	ja, bestehend aus dem unabhängigen Vorsitzenden und vier von den Parteien berufenen Beisitzern Erforderliche Mehrheit für Entscheidungen; Mehrheit der Mitglieder Vorsitzender: <i>Hermann Kunst</i> ; Beisitzer: <i>Alex Möller</i> (SPD), <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU), <i>Rudolf Hanauer</i> (CSU), <i>Bernhard Leverenz</i> (FDP)
------	---	---	---	---

1986

6. Januar	der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen Kurt Mattek (SPD)
9. Januar	die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Dr. Helga Wex
16. Februar	der ehem. stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Anton Hilbert
7. März	der ehem. Bundesminister für Familien- und Jugendfragen Dr. Franz-Josef Wuermeling (CDU)
13. März	der ehem. Präsident des Deutschen Bundestages Prof. D. Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU)
16. März	der ehem. Erste Bürgermeister von Hamburg Kurt Sieveking (CDU)
29. Oktober	die ehem. Bundesministerin für Gesundheitswesen Dr. Elisabeth Schwarzhaupt (CDU)

noch:
2. WP

Wahl des Nachfolgers: 55. Sitzung, 16. November 1954

1. Wahlgang:

Wahlvorschlag: D. Dr. *Eugen Gerstenmaier* (CDU/CSU), vorgeschlagen durch Dr. *Heinrich von Brentano* (CDU/CSU) namens der Fraktion der CDU/CSU

Wahlergebnis:

abgegebene Stimmen:	424
davon für D. Dr. <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU/CSU):	206
für <i>Ernst Lemmer</i> (CDU/CSU):	41
für Dr. <i>August Dresbach</i> (CDU/CSU):	1
für Dr. <i>Fritz Hellwig</i> (CDU/CSU):	1
für Dr. h. c. <i>Kurt Georg Kiesinger</i> (CDU/CSU):	1
für Prof. Dr. <i>Carlo Schmid</i> (SPD):	1
Enthaltungen:	172
ungültige Stimmen:	1

Damit wurde die Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl (255) nicht erreicht.

2. Wahlgang:

Wahlvorschläge:

- 1) D. Dr. *Eugen Gerstenmaier* (CDU/CSU), vorgeschlagen durch Dr. *Heinrich Krone* (CDU/CSU) namens der Fraktion der CDU/CSU
- 2) *Ernst Lemmer* (CDU/CSU), vorgeschlagen durch Prof. Dr. *Hans Reif* (FDP)

Wahlergebnis:

abgegebene Stimmen:	414
davon für D. Dr. <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU/CSU):	207
für <i>Ernst Lemmer</i> (CDU/CSU):	191
für Prof. Dr. <i>Carlo Schmid</i> (SPD):	1
Enthaltungen:	15

Damit wurde die Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl auch im 2. Wahlgang nicht erreicht; in diesem Falle sieht die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages vor, daß die beiden Anwärter mit den höchsten Stimmenzahlen in die engere Wahl kommen, d. h. daß zwischen D. Dr. *Eugen Gerstenmaier* und *Ernst Lemmer* zu entscheiden war.

3. Wahlgang:

Wahlergebnis:

abgegebene Stimmen:	409
davon für D. Dr. <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU/CSU):	204
für <i>Ernst Lemmer</i> (CDU/CSU):	190
Enthaltungen:	15

Bundestagspräsident: D. Dr. *Eugen Gerstenmaier* (CDU/CSU)

Amtszeit: 16. 11. 1954 bis 15. 10. 1957

Hinweise

Das an Jahren älteste oder, wenn es ablehnt, das nächstälteste Mitglied des Bundestages ist Alterspräsident. Dieser führt in der ersten Plenarsitzung den Vorsitz, bis der neugewählte Präsident oder einer seiner Stellvertreter das Amt übernimmt. Vgl. hierzu Abschnitt 4.8.

Die jüngsten Funktionsinhaber im Bundestag und in der Bundesregierung sind im Abschnitt 3.23 zusammengestellt.

3. WP 1957–61	<p>1. Sitzung, 15. Oktober 1957</p> <p>Wahlvorschlag: D. Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU/CSU), vorgeschlagen durch Dr. Heinrich Krone (CDU/CSU) namens der Fraktion der CDU/CSU</p> <p>Wahlergebnis:</p> <table data-bbox="638 510 1241 622"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>494</td> </tr> <tr> <td>davon für D. Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU/CSU):</td> <td>437</td> </tr> <tr> <td>Enthaltungen:</td> <td>54</td> </tr> <tr> <td>ungültige Stimmen:</td> <td>3</td> </tr> </table> <p>Bundestagspräsident: D. Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU/CSU)</p> <p>Amtszeit: 15. 10. 1957 bis 17. 10. 1961</p>	abgegebene Stimmen:	494	davon für D. Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU/CSU):	437	Enthaltungen:	54	ungültige Stimmen:	3												
abgegebene Stimmen:	494																				
davon für D. Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU/CSU):	437																				
Enthaltungen:	54																				
ungültige Stimmen:	3																				
4. WP 1961–65	<p>1. Sitzung, 17. Oktober 1961</p> <p>Wahlvorschlag: D. Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU/CSU), vorgeschlagen durch Dr. Heinrich Krone (CDU/CSU) namens der Fraktion der CDU/CSU</p> <p>Wahlergebnis:</p> <table data-bbox="638 855 1241 967"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>504</td> </tr> <tr> <td>davon für D. Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU/CSU):</td> <td>463</td> </tr> <tr> <td>Enthaltungen:</td> <td>36</td> </tr> <tr> <td>ungültige Stimmen:</td> <td>5</td> </tr> </table> <p>Bundestagspräsident: D. Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU/CSU)</p> <p>Amtszeit: 17. 10. 1961 bis 19. 10. 1965</p>	abgegebene Stimmen:	504	davon für D. Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU/CSU):	463	Enthaltungen:	36	ungültige Stimmen:	5												
abgegebene Stimmen:	504																				
davon für D. Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU/CSU):	463																				
Enthaltungen:	36																				
ungültige Stimmen:	5																				
5. WP 1965–69	<p>1. Sitzung, 19. Oktober 1965</p> <p>Wahlvorschlag: D. Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU/CSU), vorgeschlagen durch Dr. Rainer Barzel (CDU/CSU) namens der Fraktion der CDU/CSU</p> <p>Wahlergebnis:</p> <table data-bbox="638 1200 1241 1339"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>508</td> </tr> <tr> <td>davon für D. Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU/CSU):</td> <td>385</td> </tr> <tr> <td>Enthaltungen:</td> <td>98</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>21</td> </tr> <tr> <td>ungültige Stimmen:</td> <td>4</td> </tr> </table> <p>Bundestagspräsident: D. Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU/CSU)</p> <p>Amtszeit: 19. 10. 1965 bis 31. 1. 1969 (Amtsniederlegung)</p> <hr/> <p>Wahl des Nachfolgers: 212. Sitzung, 5. Februar 1969</p> <p>Wahlvorschlag: Kai-Uwe von Hassel (CDU/CSU), vorgeschlagen durch Dr. Rainer Barzel (CDU/CSU) namens der Fraktion der CDU/CSU</p> <p>Wahlergebnis:</p> <table data-bbox="638 1572 1241 1711"> <tr> <td>abgegebene Stimmen:</td> <td>457</td> </tr> <tr> <td>davon für Kai-Uwe von Hassel (CDU/CSU):</td> <td>262</td> </tr> <tr> <td>Enthaltungen:</td> <td>29</td> </tr> <tr> <td>Nein-Stimmen:</td> <td>123</td> </tr> <tr> <td>ungültige Stimmen:</td> <td>43</td> </tr> </table> <p>Bundestagspräsident: Kai-Uwe von Hassel (CDU/CSU):</p> <p>Amtszeit: 5. 2. 1969 bis 20. 10. 1969</p>	abgegebene Stimmen:	508	davon für D. Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU/CSU):	385	Enthaltungen:	98	Nein-Stimmen:	21	ungültige Stimmen:	4	abgegebene Stimmen:	457	davon für Kai-Uwe von Hassel (CDU/CSU):	262	Enthaltungen:	29	Nein-Stimmen:	123	ungültige Stimmen:	43
abgegebene Stimmen:	508																				
davon für D. Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU/CSU):	385																				
Enthaltungen:	98																				
Nein-Stimmen:	21																				
ungültige Stimmen:	4																				
abgegebene Stimmen:	457																				
davon für Kai-Uwe von Hassel (CDU/CSU):	262																				
Enthaltungen:	29																				
Nein-Stimmen:	123																				
ungültige Stimmen:	43																				

Abstimmverhalten bei den Wahlen der Bundestagspräsidenten

Die Übersicht auf der rechten Seite zeigt:

- Bei den 19 Wahlen des Bundestagspräsidenten seit 1949 haben in 14 Fällen die vorgeschlagenen Kandidaten einen Stimmenanteil von über 75% der abgegebenen Stimmen erhalten.
- Den höchsten Stimmenanteil erhielten bisher *Hermann Ehlers* bei seiner Wiederwahl 1953 mit 93,2%, *Eugen Gerstenmaier* bei seiner zweiten Wiederwahl 1961 mit 91,9% und *Richard Stücklen* bei seiner Wiederwahl 1980 mit 89,9%.

4.1 Wahl und Amtszeit der Bundestagspräsidenten

869

- Bundestagspräsidenten sind somit in den meisten Fällen von Abgeordneten aller Fraktionen gewählt worden.
- Alle Bundestagspräsidenten erhielten bisher – von einer Ausnahme abgesehen – bei ihrer Wiederwahl einen (teilweise erheblich) höheren Stimmenanteil als bei ihrer Erstwahl.

3. WP 1957–61	<i>Eugen Gerstenmaier</i>	494	437	88,5
4. WP 1961–65	<i>Eugen Gerstenmaier</i>	504	463	91,9
5. WP	<i>Eugen Gerstenmaier</i>	508	385	75,8

886

4 Präsidium, Vorstand, Ältestenrat

3. Wahlperiode (1957–61)

Bezeichnung der Unterkommissionen, Kommissionen, Beiräte, Ausschüsse usw. des Bundestagsvorstandes	Vorsitzende(r)
Unterkommission „Haushalt“	Bundestagspräsident <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU/CSU), ab 12. 10. 1959: Vizepräsident <i>Carlo Schmid</i> (SPD)
Bau- und Raumkommission	<i>Oskar Matzner</i> (SPD)
Kommission „Plenarsaalumbau“	– ¹⁾
Büchereibeirat	<i>Richard Muckermann</i> (CDU/CSU)

¹⁾ Wegen lückenhafter Unterlagen nicht nachweisbar; vorgesehen: Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* (CDU/CSU).

noch: CDU/CSU

Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Arbeitskreis-Vorsitzende	Sonst. Vorstmitgl.	mitberatungsberechtigt
5. WP 1965-69	<i>Rainer Barzel</i> (CDU)	1) <i>Eduard Adorno</i> (CDU) (bis 19. 4. 1967) <i>Ernst Müller-Hermann</i> (CDU) (ab 13. 6. 1967) 2) <i>Theodor Blank</i> (CDU) 3) <i>Peter Wilhelm Brand</i> (CDU) 4) <i>Aenne Brauksiepe</i> (CDU) (bis 3. 10. 1968) <i>Irma Blohm</i> (CDU) (ab 15. 10. 1968) 5) <i>Franz Josef Strauß</i> (CSU) (bis 1. 12. 1966) <i>Richard Stücklen</i> (CSU) (ab 25. 1. 1967) 6) <i>Detlef Struve</i> (CDU)	1) <i>Wül Rasner</i> (CDU) 2) <i>Josef Rösing</i> (CDU) 3) <i>Leo Wagner</i> (CSU)	1) <i>Ernst Benda</i> (CDU) (bis 12. 4. 1967) <i>Bert Even</i> (CDU) (ab 18. 4. 1967) 2) <i>Alfred Burgemeister</i> (CDU) 3) <i>Ernst Majonica</i> (CDU) 4) <i>Berthold Martin</i> (CDU) 5) <i>Wolfgang Pohle</i> (CSU) 6) <i>Josef Stingl</i> (CDU) (bis 15. 6. 1968) <i>Hermann Götz</i> (CDU) (ab 25. 6. 1968)	24	<i>Konrad Adenauer</i> (CDU) (Bundeskanzler a. D.; bis † 19. 4. 1967) <i>Ludwig Erhard</i> (CDU) (ab Januar 1967; Bundeskanzler a. D.) <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU) (Bundestagspräsident, bis 31. 1. 1969) <i>Kai-Uwe von Hassel</i> (CDU) (Bundestagspräsident, ab 5. 2. 1969) <i>Richard Jaeger</i> (CSU) (Bundestagsvizepräsident, bis 26. 10. 1965 u. ab 11. 5. 1967) <i>Maria Probst</i> (CSU) (Bundestagsvizepräsidentin, ab 9. 12. 1965 bis † 1. 5. 1967) <i>Hans Furler</i> (CDU) (Vizepräsident des Europäischen Parlaments) <i>Joseph Illerhaus</i> (CDU) (Vors. der Christlich-Demokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments)

25. April 1961 Auf dem CDU-Parteitag in Köln weist Bundeskanzler *Konrad Adenauer* und andere führende Politiker der Union ein Koalitionsangebot von *Herbert Wehner* unter Hinweis auf die bisher vertretene „verderbliche Ostpolitik“ der SPD scharf zurück.
- Wehner* hatte zwei Tage zuvor erklärt, die SPD sei unter bestimmten Umständen zu einer Regierung mit der CDU/CSU bereit.
- Während des anschließenden Wahlkampfes und erst recht nach dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 betont die SPD die Notwendigkeit einer „Konzentration aller nationalen Kräfte in der Verantwortung“, während die CDU/CSU darauf im wesentlichen mit Ablehnung reagiert. Nur einzelne Unionspolitiker wie Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* schließen Situationen nicht aus, die ein Zusammengehen aller Parteien erfordern.

Regierungserklärungen und Aussprachen bei Amtsantritt der Bundesregierung

2. WP 1953-57	3. Sitz. vom 20. 10. 1953	4.-5. Sitz. vom 28. 10. 1953 29. 10. 1953	a) 3 Tage b) 12 3/4 Std.	<i>Adenauer</i> (CDU/CSU)	28. 10. von <i>Irenano</i> (CDU/CSU) – <i>Ollenauer</i> (SPD) – <i>Dehler</i> (FDP) – <i>Eckhardt</i> (GB/BHE)	0	3	1
					29. 10. von <i>Merkatz</i> (DP) – <i>BMin Preutker</i> (FDP) – <i>Jacobi</i> (SPD) – <i>Jaege</i> (CDU/CSU) – <i>Gerstenmaier</i> (CDU/CSU) – <i>Hausler</i> (GB/BHE) – <i>Kaiber</i> (CDU/CSU) – <i>BMin Oberländer</i> (GB/BHE) – <i>Schöne</i> (SPD) – <i>Gille</i> (GB/BHE) – <i>Kiesinger</i> (CDU/CSU)	2	7	2
					insgesamt	2	10	3

8. November 1966 Mit 255 gegen 246 Stimmen nimmt der Bundestag einen SPD-Antrag an, in dem der Bundeskanzler ersucht wird, die Vertrauensfrage zu stellen. Bundeskanzler *Ludwig Erhard* erklärt vor der Abstimmung u. a.:
- „Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde dem Ersuchen, das Vertrauen des Hauses für mich zu erbitten, unter gar keinen Umständen nachkommen, und zwar weil ich nicht gegen Geist und Sinn der Verfassung verstoßen möchte.“
- (Beifall bei der CDU/CSU)
- Meine eigene Haltung habe ich deutlich genug gemacht, indem ich wiederholt erklärt habe: ich klebe nicht an diesem Sessel; an mir wird eine regierungsfähige Mehrheit nicht scheitern. Ich glaube, klarer kann eine Aussage nicht lauten. Aber ich lehne es ab, an einem Schauprozess teilzunehmen.
- (Beifall bei der CDU/CSU – Abg. *Wehner*; Pflü, Herr Bundeskanzler! – weitere Zurufe von der SPD)
- um so mehr, als ein rechtskräftiges Urteil von Ihnen überhaupt nicht gefällt werden kann und nicht gefällt werden darf.
- (Erneuter Beifall bei der CDU/CSU)
- ...“
- Am Abend: Sitzung des Bundesvorstandes der CDU. Er übermittelt der CDU/CSU-Fraktion eine Liste mit vier Kanzleramtsbewerbern – *Ratner Barzel*, *Eugen Gerstenmaier*, *Kurt Georg Kiesinger* und *Gerhard Schröder* – und bittet um Auswahlentscheidung „noch in dieser Woche“.
9. November 1966 Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* zieht seine Kandidatur zurück. Der Landesvorstand der CSU legt sich zugunsten von *Kurt Georg Kiesinger* fest.
10. November 1966 Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nominiert im dritten Wahlgang mit absoluter Mehrheit *Kurt Georg Kiesinger* zum Kanzlerkandidaten. Neben *Kiesinger* bewarben sich der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende *Ratner Barzel* und Außenminister *Gerhard Schröder*, außerdem war der Präsident der EWG-Kommission, *Walter Hallstein*, als Bewerber aufgestellt worden. Von den 251 Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion waren 244 anwesend.

	1. Wahlgang	2. Wahlgang	3. Wahlgang
abgegebene gültige Stimmen	243	244	244
davon für <i>Kiesinger</i>	97	118	137
<i>Schröder</i>	76	80	81
<i>Barzel</i>	56	43	26
<i>Hallstein</i>	14	3	–

18. Februar 1955 Zwei Volkskammerabgeordnete überbringen Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* den Vorschlag des Präsidiums der Volkskammer, durch eine Aussprache zwischen Abordnungen des Bundestages und der Volkskammer sofort gesamtdeutsche freie Wahlen unter internationaler Kontrolle vorzubereiten. Eine Abordnung der Volkskammer solle deren Standpunkt am 24. Februar, dem Beginn der Debatte über die „Pariser Verträge“, im Bundestag darlegen. Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* lehnt die Annahme des Schreibens ab.
- Den Eingang eines erneuten Schreibens läßt Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* durch den Direktor beim Bundestag bestätigen; danach verzichtet er ganz auf eine Beantwortung weiterer Schreiben aus der Volkskammer.

Erläuterung der Fragetypen

Fragetyp A: Interrogative Zwischenfrage

A-3 Bitte um Klarstellung

Zuwille ist zwar ein Vorverständnis vorhanden, aber es herrscht Unsicherheit über den politischen Standpunkt des Redners, das richtige Verständnis der von ihm gegebenen Informationen oder über den genauen Sinn seiner Formulierungen. In solchen Fällen wird das Ziel einer Zwischenfrage in der Präzisierung und Konkretisierung der gemachten Aussagen bestehen. Nicht selten wird dergestalt klärende Nachfragen zugleich zu strategischen Zwecken (Bildestellung vor der Öffentlichkeit) eingesetzt.

Ehler (SPD): [–]

(Abg. D. Dr. Gerstenmaier: Eine Frage!)

– Bitte schön!

D. Dr. Gerstenmaier (CDU/CSU): Herr Kollege Ehler, wollen Sie hier vor dem Bundestag und vor dem deutschen Volk sagen, daß der Satz, den Sie eben vorlesen haben und bei dem Sie offenbar unterstellen, daß er einen Beschluß des Politischen Ausschusses des Europarats darstellt, – wollen Sie sagen, daß er einen Beschluß dieses Ausschusses darstellt, oder wollen Sie nur sagen, daß er in der Begründung, in dem Material des Berichterstatters steht?

Gelegentlich kann eine Bitte um Klarstellung auch vorsichtiger Ridikalisierung dienen.

p. 1693

8.8 Wortmeldungen der Bundestagspräsidenten

So selbstverständlich die Ansprachen, Erklärungen und Stellungnahmen des Bundestagspräsidenten sind, die er zu bestimmten Anlässen im Namen des ganzen Hauses vor dem Plenum hält bzw. abgibt, so außergewöhnlich kann es sein, daß er sich auch in Aussprachen bei Themen zu Wort meldet, die nicht mit dem Präsidentenamt in Zusammenhang stehen. Tatsächlich hat sich zwischen der 5. und 9. Wahlperiode kein Präsident mehr an allgemeinen politischen Aussprachen beteiligt, was zuvor bei den Bundestagspräsidenten Ehlers und Gerstenmaier durchaus noch der Fall war und seit 1989 bei Bundestagspräsidentin Süssmuth üblich ist.

In den 68 Fällen, in denen Bundestagspräsidenten sich bisher in Aussprachen zu Wort gemeldet haben, geschah dies

- in 34 Fällen zu Themen, die mit ihrem Amt zusammenhängen,
- in 34 Fällen zu allgemeinen politischen Themen.

In den zuerst genannten 34 Fällen sind parlamentsbezogene Ausführungen der Präsidenten sowohl in ihrer Eigenschaft als Abgeordneter als auch in ihrer Eigenschaft als Präsident des Bundestages zusammengefaßt worden. Eine exakte Abgrenzung war nicht immer möglich, was sich auch an der unterschiedlichen Form der Worterteilung zeigt: einmal „dem Herrn Abgeordneten“, der „Frau Professor Süssmuth“ usw., ein anderes Mal dem „Präsidenten des Deutschen Bundestages“.

Einzelheiten gehen aus der folgenden Statistik und der Auswertung der Wortmeldungen hervor.

Wahlperiode	Bundestagspräsident(in)	Zahl der Wortmeldungen insgesamt	davon	
			Redner qua Amt	Redner zu anderen Themen bzw. in anderer Funktion
1. WP 1949-53	<i>Erich Kohler</i>	0	0	0
	<i>Hermann Ehlers</i>	9	3	6
2. WP 1953-57	<i>Hermann Ehlers</i>	6	3	3
	<i>Eugen Gerstenmaier</i>	1	0	1
3. WP 1957-61	<i>Eugen Gerstenmaier</i>	4	2	2
4. WP 1961-65	<i>Eugen Gerstenmaier</i>	5	3	2
5. WP	<i>Eugen Gerstenmaier</i>	1	1	0

	<i>Eugen Gerstenmaier</i>	7	a) 208. Sitz. b) 10. 5. 1957	Redner in der (ganztägigen) Aussprache über die Große Anfrage der SPD-Fraktion betr. Atomwaffen. Vorsitz zu Beginn der Aussprache; Rede nach der Mittagspause; Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes nicht wieder übernommen. Während der Aussprache stellte der Präsident als Abgeordneter mehrere Zwischenfragen.	nein
3. WP 1957-61	<i>Eugen Gerstenmaier</i>	1	a) 21. Sitz. b) 25. 3. 1958	Redner in der (zweitägigen) Aussprache über die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion betr. deutsche Frage auf künftigen internationalen Konferenzen und die Große Anfrage der FDP-Fraktion betr. Gipfelkonferenz und atomwaffenfreie Zone. Reihenfolge des Vorsitzes in der 21. Sitzung: Vizepräsident <i>Carlo Schmid</i> Vizepräsident <i>Richard Jaeger</i> - Mittagspause - Vizepräsident <i>Richard Jaeger</i> Vizepräsident <i>Carlo Schmid</i> Präsident <i>Eugen Gerstenmaier</i> Der Präsident sprach als zweiter Redner nach Aufruf des TO-Punktes (Fortsetzung der Aussprache vom Vortag), vormittags. Er übernahm den Vorsitz erst gegen Ende der Debatte bis zum Schluß der Sitzung (23.59 Uhr).	nein

Wahlperiode	Bundestagspräsident	lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Tagesordnungspunkt/ Regelung des Vorsitzes	Redner qua Amt
noch: 3. WP	noch: <i>Eugen Gerstenmaier</i>	2	a) 23. Sitz. b) 18. 4. 1958	Redner zur Begründung des Entwurfs des Diätengesetzes 1958. Es fand keine Aussprache statt. Vorsitz: Vizepräsident <i>Carlo Schmid</i>	ja
		3	a) 74. Sitz. b) 11. 6. 1959	Redner in der (mehrständigen) Aussprache über den EPl. 04, Haushalt 1959 (3. Beratung). Reihenfolge des Vorsitzes während der Beratung dieses TO-Punktes: <i>Vizepräsident Max Becker</i> <i>Vizepräsident Victor-Emanuel Preusker</i> <i>Vizepräsident Carlo Schmid</i> Der Präsident sprach, während Vizepräsident <i>Preusker</i> präsidierte. Er beteiligte sich als Abgeordneter an der weiteren Debatte, indem er an einen späteren Redner eine Zwischenfrage stellte. Der Präsident übernahm den Vorsitz in dieser Sitzung nicht mehr.	nein
		4	a) 147. Sitz. b) 8. 3. 1961	Zweimal Redner in der (kurzen) Aussprache über den EPl. 02, Haushalt 1961 (2. Beratung). Den Vorsitz führte während der Beratung dieses TO-Punktes Vizepräsident <i>Richard Jaeger</i> .	ja
4. WP 1961-65	<i>Eugen Gerstenmaier</i>	1	a) 112./113. Sitz. b) 7. 2. 1964	Zweimal Redner in der (kurzen) Aussprache über das Diätengesetz 1964 (1. Beratung), und zwar zunächst zur Begründung, später noch einmal in der Debatte. Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte Vizepräsident <i>Erwin Schoettle</i> , anschließend Vizepräsident <i>Thomas Dehler</i> .	ja
		2	a) 122. Sitz. b) 15. 4. 1964	Redner in der (mehrständigen) Aussprache über den EPl. 36, Zivile Notstandsplanung, Haushalt 1964 (2. Beratung). Der Präsident erhielt zwar als Abgeordneter das Wort, sprach aber als Präsident. Er nahm kurz zu dem Vorschlag des Vorredners Stellung, einen Beamtenrechtsausschuß einzurichten. Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte Vizepräsident <i>Erwin Schoettle</i> , anschließend Vizepräsident <i>Thomas Dehler</i> .	ja

Wahlperiode	Bundestagspräsident	lfd. Nr.	a) Sitzung b) Datum	Tagesordnungspunkt/ Regelung des Vorsitzes	Redner qua Amt
noch: 4. WP	noch: <i>Eugen Gerstenmaier</i>	3	a) 164. Sitz. b) 17. 2. 1965	Redner in der (mehrständigen) Aussprache über den EPl. 04, Haushalt 1965 (2. Beratung). Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte Vizepräsident <i>Erwin Schoettle</i> und anschließend Vizepräsident <i>Richard Jaeger</i> .	nein
		4	a) 164. Sitz. b) 17. 2. 1965	Dreimal Redner in der (mehrständigen) Aussprache über den EPl. 02, Haushalt 1965 (2. Beratung). Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte Vizepräsident <i>Richard Jaeger</i> , anschließend Vizepräsident <i>Thomas Dehler</i> .	ja
		5	a) 188. Sitz. b) 26. 5. 1965	Redner in der (kurzen) Aussprache über das Zweite Änderungsgesetz zum Bundesentschädigungsgesetz (3. Beratung), und zwar aufgrund einer vom Vorredner für eine Gruppe von Abgeordneten abgegebenen Erklärung. Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte Vizepräsident <i>Carlo Schmid</i> . Die Sitzung wurde nach der Aussprache unterbrochen, um dem Haushaltsausschuß Gelegenheit zur Stellungnahme gem. § 96 GO BT zu einem Änderungsantrag zu geben. Nach der Unterbrechung führte der Präsident den Vorsitz bis zum Ende der Sitzung. Es fand keine Debatte mehr statt.	nein
5. WP 1965-69	<i>Eugen Gerstenmaier</i>	1	a) 41. Sitz. b) 17. 5. 1966	Redner in der (kurzen) Aussprache über den EPl. 02, Haushalt 1966 (2. Beratung). Den Vorsitz während der Beratung dieses TO-Punktes führte Vizepräsidentin <i>Maria Probst</i> .	ja
	<i>Kai-Uwe von Hassel</i>	2	a) 225. Sitz. b) 27. 3. 1969	Redner in der (mehrständigen) Aussprache über den EPl. 02, Haushalt 1969 (2. Beratung), und zwar in diesem Zusammenhang über Fragen der Parlamentsreform. Reihenfolge des Vorsitzes während der Beratung dieses TO-Punktes: <i>Präsident Kai-Uwe von Hassel</i> <i>Vizepräsident Erwin Schoettle</i> <i>Vizepräsident Karl Mommer</i> <i>Präsident Kai-Uwe von Hassel</i> Die Rede des Präsidenten fiel in die Zeit, in der Vizepräsident <i>Mommer</i> den Vorsitz führte.	ja

noch: I. Wahlperiode (1949–53)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
43.	17. 9. 1954	SPD-Antrag betr. Mißbilligung des Verhaltens von Bundesinnenminister <i>Gerhard Schröder</i>	401*)	128 ¹⁾	223	50	0
48.	14. 10. 1954	Gesetz über die Gewährung von Kindergeld und die Errichtung von Familienausgleichskassen	418*)	215	202	1	0
55.	16. 11. 1954	Wahl BTpräsident <i>Eugen Gerstenmaier</i> (1. Wahlgang)	424	206 ²⁾	45	172	1
55.	16. 11. 1954	Antrag auf Vertagung des 2. und 3. Wahlganges der Wahl zum Bundestagspräsidenten	407	185 ¹⁾	221	1	0
55.	16. 11. 1954	Wahl BTpräsident <i>Eugen Gerstenmaier</i> (2. Wahlgang)	414	207 ²⁾	192	15	0
55.	16. 11. 1954	Wahl BTpräsident <i>Eugen Gerstenmaier</i> (3. Wahlgang)	409	204	190	15	0

3. Wahlperiode (1957–61)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
1.	15. 10. 1957	Wahl BTpräsident <i>Eugen Gerstenmaier</i>	494	437	0	54	3

4. Wahlperiode (1961–65)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
1.	17. 10. 1961	Wahl BTpräsident <i>Eugen Gerstenmaier</i>	504	463	0	36	5

5. Wahlperiode (1965–69)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
1.	19. 10. 1965	Wahl BT-Präsident <i>Eugen Gerstenmaier</i>	508	385	21	98	4

8.16 Erklärungen zur Abstimmung

Hinweise auf Fälle, in denen einzelne Abgeordnete oder eine Gruppe von Abgeordneten bei Abstimmungen im Bundestag von der Mehrheit ihrer Fraktion abweichen, lassen sich den Anwendungsfällen jener Geschäftsordnungsbestimmung entnehmen, die mit „Erklärungen zur Abstimmung“ überschrieben ist. Allerdings ist zu beachten, daß sich Sinn, Wortlaut und Praxis dieses Geschäftsordnungsparagraphen seit 1949 mehrmals geändert haben.*)

Die vorläufige Geschäftsordnung des Bundestages vom 20. September 1949, die weitgehend identisch war mit der Geschäftsordnung des Reichstages von 1922, bestimmte:

„§ 107 Erklärungen zur Abstimmung

Bei allen nicht namentlichen Abstimmungen hat jedes Mitglied des Bundestages das Recht, seine von dem Beschluß der Mehrheit abweichende Abstimmung kurz begründet schriftlich dem Sitzungsvorstand zu übergeben und deren Aufnahme in den wörtlichen Bericht, nicht aber ihre Verlesung im Bundestag, zu verlangen.“

Die endgültige Geschäftsordnung des Bundestages vom 6. Dezember 1951 ließ schriftliche Erklärungen zu nicht namentlichen Abstimmungen ohne Rücksicht darauf zu, ob der Abgeordnete von der Mehrheit abweicht oder nicht:

„§ 59 Erklärungen zur Abstimmung

- (1) Bei allen nicht namentlichen Abstimmungen kann jedes Mitglied des Bundestages seine Abstimmung kurz schriftlich begründen.
- (2) Es übergibt die Begründung dem Sitzungsvorstand, der die Aufnahme in den stenographischen Bericht veranlaßt.
- (3) Eine Verlesung der Begründung im Bundestag erfolgt nicht.“

Nachdem es sich im Laufe der fünfziger Jahre eingebürgert hatte, daß Fraktionen ihr beabsichtigtes Abstimmungsverhalten in **mündlichen** Erklärungen begründeten, weitete Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* diese Praxis auch auf einzelne Abgeordnete aus; er erklärte dazu in der Plenarsitzung am 28. Oktober 1960:

„Ich bin ... der Meinung, daß, solange man im Hause den Fraktionen die Abgabe von Erklärungen vor der Abstimmung zugesteht, dies auch dem einzelnen Mitglied gestattet werden sollte ... Ich mache vor allem deshalb darauf aufmerksam, weil § 59 nur die Abgabe von Erklärungen zu Protokoll vorsieht. Ich würde es aber begrüßen, wenn das Haus auch weiter dem stillschweigenden Brauch folgte und die Abgabe von Erklärungen auch hier vor dem Hause zuließe.“

Eine Neufassung des § 59 brachte die am 6. Mai 1970 beschlossene Änderung der Geschäftsordnung: Danach waren Erklärungen zu **abschließenden** Abstimmungen – jetzt aber unabhängig von der dabei angewandten Abstimmungsart – zulässig.

2. WP 1953-57	1	Sten. Ber. 170. Sitz. v. 9. 11. 1956, S. 9382 D	Anlaß: Schlußabstimmung über den Entwurf eines Gesetzes über den Ladenschluß (Drs. 2810, 1461). Der Abg. Dr. <i>Atzenroth</i> (FDP) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses. Vizepräsident Dr. <i>Jaeger</i> widerspricht der Bezweiflung der Beschlußfähigkeit und stellt gemäß § 50 der Geschäftsordnung in Übereinstimmung mit dem Sitzungsvorstand die Beschlußfähigkeit des Hauses fest.
	2	Sten. Ber. 225. Sitz. v. 6. 7. 1957, S. 1393 C	Anlaß: Abstimmung über den von der Fraktion der DP (FVP) eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Drs. 3726). Der Abg. Dr. <i>Menzel</i> (SPD) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses. Präsident Dr. <i>Gerstenmaier</i> läßt auszählen und hebt die Sitzung wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses auf.
	3	Sten. Ber. 226. Sitz. v. 6. 7. 1957, S. 1394 D	Anlaß: Abstimmung über den Einspruch des Kaufmanns <i>Hugo Büttner</i> , Ludwigshafen-Maudach, und weiterer neun Stimmberechtigter gegen die Feststellung der Gültigkeit des im Regierungsbezirk Pfalz des Landes Rheinland-Pfalz durchgeführten Volksbegehrens in der Zeit vom 9. bis 22. April 1956 „Angliederung des Regierungsbezirks Pfalz an das Land Bayern“ (Drs. 3640). Der Abg. <i>Menzel</i> (SPD) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses. Präsident Dr. <i>Gerstenmaier</i> verzichtet in Anbetracht der Tatsache, daß sich das Bild eindeutiger Unterbesetzung des Hauses seit der letzten Auszählung, die nur wenige Minuten zuvor stattgefunden hatte, nicht geändert hat, auf eine Auszählung und stellt die erneute Beschlußunfähigkeit des Hauses fest.

1984

8. Plenarsitzungen/Abstimmungen/Arbeitsrhythmus

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Fundstelle	Darstellung des Falles
1. WP 1949-53	1	Sten. Ber. 49. Sitz. v. 22. 3. 1950, S. 1711 C	Anlaß: Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Aufstellung und Ausführung des Bundeshaushaltsplans und über die vorläufige Haushaltsführung im Rechnungsjahr 1949 (Drs. 682 und 223; Zweite Beratung). Der Abg. <i>Loritz</i> (WAV) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses. Vizepräsident Dr. <i>Schäfer</i> läßt über die Anzweiflung der Beschlußfähigkeit durch Auszählen abstimmen. Abgeordnete der Fraktionen der CDU und der FDP kritisieren wiederholt, daß der Antragsteller den Saal verlassen habe. Der Abg. <i>Bausch</i> (CDU) weist darauf hin, daß die ganze Zentrumsfraktion keine Stimmzettel abgegeben habe. Dazu Vizepräsident Dr. <i>Schäfer</i> : „... es ist natürlich eine Unmöglichkeit, daß jemand sich an der Debatte beteiligt und bei der Feststellung der Beschlußfähigkeit des Hauses keine Zettel abgibt. Da ist eine loyale Handhabung der Geschäfte nicht möglich.“ (Zurufe: Die werden einfach mitgezählt! Wir kennen sie ja! Abg. Dr. <i>Gerstenmaier</i> : Das ist die Loyalität von Herrn <i>Loritz</i> ! - Zuruf rechts: Mitzählen! Zählen sie ihn doch mit! - Zuruf in der Mitte: <i>Loritz</i> ist wieder im Hause.) Meine Damen und Herren! Das Ergebnis der Auszählung durch die Schriftführer hat ergeben, daß 202 Stimmen abgegeben worden sind. Damit ist die Beschlußfähigkeit festgestellt. Außerdem ist eine Reihe von Abgeordneten hier im Saal anwesend, die keine Zettel abgegeben hat. Die müssen natürlich mitgezählt werden.“ In einem Wort zur Geschäftsordnung äußert Dr. <i>von Brentano</i> (CDU): „Die Verantwortungslosigkeit - oder lassen Sie es mich offen sagen - die Gewissenlosigkeit, mit der hier geschäftsordnungsmäßige Möglichkeiten mißbraucht werden, um die Arbeit des Deutschen Bundestages zu sabotieren, ist so beispiellos, daß ich wünsche, das deutsche Volk, das diese Vertreter gewählt hat, wäre Augenzeuge.“

2. WP 1953-57	1	Sten. Ber. 219. u. 220. Sitz. v. 29. 6. 1957	<p>Anlaß: Zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Ausfuhrzölle (Drs. 3361); Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Außenhandelsfragen (Drs. 3587).</p> <p>Bei der Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD (Umdruck 1215, Auslandszoll für Malz) wird die Beschlußfähigkeit des Hauses von Amts wegen festgestellt.</p> <p>Die bewußte Herbeiführung der Beschlußfähigkeit ergibt sich aus den Ausführungen des Präsidenten Dr. Gerstenmaier: „... - Was ist es denn?“</p> <p>(Zuruf: Es sind noch Abgeordnete draußen!)</p> <p>... Wer draußen ist, will an dieser Abstimmung nicht mitwirken. Ich kann niemanden zwingen ...“</p>
------------------	---	---	---

8.19 Beschlußfähigkeit

1987

Wahlperiode	Lfd. Nr.	Fundstelle	Darstellung des Falles
3. WP 1957-61			keine Fälle
4. WP 1961-65	1	Sten. Ber. 68. Sitz. v. 18. 3. 1963, S. 3077 C	<p>Anlaß: Abstimmung über die 4. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage zur Außenwirtschaftsverordnung, Mündlicher Bericht des Außenhandelsausschusses (Drs. IV/1071).</p> <p>Die Beschlußfähigkeit wird bei der Auszählung (Hammelsprung) von Amts wegen festgestellt.</p> <p>Die bewußte Herbeiführung der Beschlußfähigkeit („Röhrenembargo“) ergibt sich aus den Zwischenrufen: „Abgeordnete der CDU/CSU erscheinen im Saal“. – Abg. Dr. Mommer: „Die Schriftführer der CDU waren nicht im Saal!“ und den Ausführungen des Präsidenten Dr. Gerstenmaier: „... Hier liegt ein politischer Akt vor, der einer Willensbildung gleichkommt. Das ist nicht eine zufällige Beschlußfähigkeit des Hauses ...“</p>
ab 5. WP 1965-1)			keine Fälle

1) Stand: 31. August 1997

2. WP 1953–57		kein Sitzungsausschluß		
3. WP 1957–61	18	<i>Karl Wittrock</i> (SPD) 150. Sitz. v. 14. 3. 1961, S. 8529 D, 8530 A, 8531 C „für die Dauer der Sitzung“ (BT-Präs. <i>Gerstenmaier</i>)	ja Umdruck Nr. 837 v. 14. 3. 1961	zurückgezogen 151. Sitz. v. 15. 3. 1961, S. 8577 A u. B, 8613 D
4.–9. WP 1961–83		kein Sitzungsausschluß		

8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag: Bibliographie

1997

Wahlperiode	a) Sitz.-Nr. b) Datum	Untersuchte Reden oder Debatten im Bundestag	Titel der Untersuchung
1. WP 1949–53	a) 6. und 98. Sitz. b) 21. 9. 1949 und 8. 11. 1950	Rede in der Aussprache zur Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> (6. Sitzung); Rede in der Aussprache zur Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> (98. Sitzung). In die Analyse sind zwei weitere Reden von <i>Kurt Schumacher</i> einbezogen, die außerhalb des Bundestages gehalten wurden.	<i>Kirst, Wolf-Dieter</i> , <i>Kurt Schumacher</i> als Redner. Eine rhetorische Analyse. Gießen 1981.
	a) 278. u. 280. Sitz. b) 1. und 3. 7. 1953	Reden zum Aufstand vom 17. Juni 1953 und zum Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961, davon im Bundestag gehalten: Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> sowie Reden der Abg. <i>Herbert Wehner</i> (SPD) und <i>Max Becker</i> (FDP) (278. Sitzung); Erklärung von Bundestagspräsident <i>Hermann Ehlers</i> nach der Abstimmung über das Gesetz zum „Tag der deutschen Einheit“ (280. Sitzung); Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> sowie Reden des Abg. <i>Willy Brandt</i> (SPD) und des Bundestagspräsidenten <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU) (siehe 3. Wahlperiode); Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> (siehe 4. Wahlperiode).	<i>Pelster, Theodor</i> . Die politische Rede im Westen und Osten Deutschlands. Vergleichende Stiluntersuchungen mit beigelegten Texten. Düsseldorf 1966.

p. 1998

<p>a) 167. Sitz. b) 18. 8. 1961</p>	<p>Reden zum Aufstand vom 17. Juni 1953 und zum Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961, davon im Bundestag gehalten;</p> <p>Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> sowie Reden der Abg. <i>Herbert Wehner</i> (SPD) und <i>Max Becker</i> (FDP) (siehe 1. Wahlperiode);</p> <p>Erklärung von Bundestagspräsident <i>Hermann Ehlers</i> nach der Abstimmung über das Gesetz zum „Tag der deutschen Einheit“ (siehe 1. Wahlperiode);</p> <p>Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> sowie Reden des Abg. <i>Willy Brandt</i> (SPD) und des Bundestagspräsidenten <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU) (167. Sitzung);</p> <p>Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> (siehe 4. Wahlperiode).</p>	<p><i>Pelster, Theodor</i>, Die politische Rede im Westen und Osten Deutschlands. Vergleichende Stiluntersuchungen mit beigelegten Texten. Düsseldorf 1966.</p>
---	--	---

8.22 Untersuchungen zur Rhetorik im Bundestag: Bibliographie

1999

Wahlperiode	a) Sitz.-Nr. b) Datum	Untersuchte Reden oder Debatten im Bundestag	Titel der Untersuchung
<p>4. WP 1961-65</p>	<p>a) 5. Sitz. b) 29. 11. 1961</p>	<p>Reden zum Aufstand vom 17. Juni 1953 und zum Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961, davon im Bundestag gehalten;</p> <p>Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> sowie Reden der Abg. <i>Herbert Wehner</i> (SPD) und <i>Max Becker</i> (FDP) (siehe 1. Wahlperiode);</p> <p>Erklärung von Bundestagspräsident <i>Hermann Ehlers</i> nach der Abstimmung über das Gesetz zum „Tag der deutschen Einheit“ (siehe 1. Wahlperiode);</p> <p>Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> sowie Reden des Abg. <i>Willy Brandt</i> (SPD) und des Bundestagspräsidenten <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU) (siehe 3. Wahlperiode);</p> <p>Regierungserklärung von Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> (5. Sitzung).</p>	<p><i>Pelster, Theodor</i>, Die politische Rede im Westen und Osten Deutschlands. Vergleichende Stiluntersuchungen mit beigelegten Texten. Düsseldorf 1966.</p>

1956	17. Juni 1956 (Sonntag)	Staatsakt im Bundeshaus Ansprachen: Bundeskanzler <i>Konrad Adenauer</i> und Bundestagspräsident <i>Eugen Gerstenmaier</i>	nein
22. 3. 1986	Prof. D. Dr. <i>Eugen Gerstenmaier</i> , ehem. Bundestagspräsident	13. 3. 1986	Staatsakt Bulletin, Jg. 1986, Nr. 31, S. 237 ff.

1. Wahlperiode (1949–53)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
7.) Ausschuß für Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten ab 3. 6. 1953: Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten <i>Unterausschüsse:</i> „Rundfunkabhördienst“, „Ostforschung“, „Vorkriegsschulden“, „Auswärtiger Dienst“, „Ako Glanzstoffwerke AG“, „Ausbildung des diplomatischen Nachwuchses“, „Besatzungsregime“, „Deutsche Auslandsschulden und Auslandsvermögen“, „Besoldung der Beamten im diplomatischen Dienst“, „Deutsche wissenschaftliche Institute und Schulen im Ausland“, „Haushalt der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt“, „Personalfragen“, „Verhandlungen der Bundesregierung mit der Hohen Kommission“, „Großer Knechtsand“, „Kriegsgefangene“, „Saar“ (gemeinsam mit 8. Ausschuß), „für die Drucksachen Nr. 1527/1528“ (Art. 16 GG), „Sonderausschuß Europarat“	21	a) <i>Carlo Schmid</i> (SPD) b) <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU/CSU)

2. Wahlperiode (1953–57)

Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mit- glieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
1.) Ausschuß für Wahlprüfung und Immunität Wahlprüfungsangelegenheiten – Immunitätsangelegenheiten	17	a) <i>Ludwig Schneider</i> (FDP), ab 5. 10. 1956: <i>Heinrich Höcker</i> (SPD) b) <i>Heinrich Höcker</i> (SPD), ab 30. 1. 1957: <i>Stefan Dittrich</i> (CDU/CSU)
2.) Ausschuß für Geschäftsordnung	17	a) <i>Heinrich Georg Ritzel</i> (SPD) b) <i>Karl Gengler</i> (CDU/CSU)
3.) Ausschuß für Petitionen	29	a) <i>Luise Albertz</i> (SPD) b) <i>Karl Kahn</i> (CDU/CSU)
4.) Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten <i>Unterausschüsse:</i> „Auslandsvermögen“, „zu Drs. 198, 338, 436, 576“ (Grenzformalitäten u. a.), „Kriegsgefangene“, „Saar“, „Kulturelle Fragen“, „Wirtschaftsentwicklung fremder Völker“, „Vertreibungsbiete“, „Brüsseler Verträge“, Redaktionskommission zur Drucksache 2561 (Einreiseerleichterung)	29	a) <i>Eugen Gerstenmaier</i> (CDU/CSU), ab 17. 12. 1954: <i>Kurt Georg Kiesinger</i> (CDU/CSU) b) <i>Carlo Schmid</i> (SPD), ab Juni 1956: <i>Herbert Wehner</i> (SPD)
5.) Ausschuß für Besatzungsfolgen bis 3. 12. 1953: Ausschuß für Besatzungsfragen <i>Unterausschüsse u. ä.:</i> „Besatzungsschädengesetz“, „Berlin“	23	a) <i>Eduard Wahl</i> (CDU/CSU) b) <i>Emmy Meyer-Laule</i> (SPD)

Spiegellaffäre

Höcherl erklärte in der 46. Plenarsitzung am 8. November nach mehreren Ausflüchten und dem Hinweis, daß Interpol für die Verhaftung von *Ahlers* in Spanien nicht zuständig gewesen sei, es habe wohl – wie im Falle des Studienrats *Zind* – „den kurzgeschlossenen Verkehr zwischen den Kriminalpolizeien gegeben“:

„Das ist, ich möchte einmal sagen, etwas außerhalb der Legalität,

(Zuruf von der SPD: Aha!)

aber wir alle sind der Meinung, — — —

(Anhaltende Zurufe und Lachen bei der SPD.)“

Dieses Eingeständnis von *Höcherl*, das seither in der Bundesrepublik zum geflügelten Wort avanciert ist, beweist deutlich, daß die Fragestunde die ansonsten weitgehend zu demonstrativen Zwecken veranstaltete Publizität des Bundestages zu verwandeln in der Lage ist. Diese Äußerung eines Bundesministers, die ganz gewiß nicht „vorherbestimmt“ war, ist nur aus der Situation heraus zu erklären, in der sich Minister bei den spontan gestellten Zusatzfragen befinden.

Zu dem Teilgeständnis von Verteidigungsminister *Strauß* über seinen persönlichen Anteil an der Verhaftung von *Ahlers* bedurfte es zweier Fragestunden. *Strauß* übernahm die Behandlung dieses Themas überhaupt erst, als *Höcherl* keine Antworten mehr wußte. Dabei erklärte er zunächst:

„Auf dem Wege der Amtshilfe für die Strafverfolgungsbehörden hat das Verteidigungsministerium [! – d. Verf.] den Militärattaché in Madrid gefragt, ob diese Mitteilung [der Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamtes, der Militärattaché sei über die Reise von *Ahlers* unterrichtet; d. Verf.] zutrefte.“

Da es der SPD in der Donnerstag-Fragestunde [8. November] nicht gelang, *Strauß* zu einem weitergehenden Zugeständnis über seine persönliche Beteiligung zu bewegen, ein dahin zielender Verdacht sich jedoch immer mehr verstärkte, versuchte sie am Freitag weitere Fragen zu dieser speziellen Angelegenheit vorzubringen.

Dies war insofern sehr schwierig, als die für die Freitag-Fragestunde verbliebenen Anfragen damit nichts mehr zu tun hatten und somit die Gefahr bestand, daß der Bundestagspräsident entsprechende Zusatzfragen gemäß den Richtlinien zurückweisen würde, weil ein „unmittelbarer Zusammenhang mit der Hauptfrage“ nicht vorläge. Der SPD-Abgeordnete *Fritz Erler* schließlich fand eine Formulierung, die Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* nicht beanstandete. Die Hauptfrage hatte gelautet:

„Wann wurde das Gutachten [das die Bundesanwaltschaft vom Verteidigungsministerium zwecks Ermittlung wegen Landesverrats angefordert hatte; d. Verf.] vom Bundesverteidigungsministerium dem Bundesjustizministerium zur Weiterleitung an die Bundesanwaltschaft zugestellt?“

p. 2896

3. Wahlperiode (1957–61)

19. Februar 1959

Erste Wahl des Wehrbeauftragten

Gewählt wird auf Vorschlag des Verteidigungsausschusses mit 366 Ja-Stimmen bei 16 Nein-Stimmen, 32 Enthaltungen und einer ungültigen Stimme General a. D. *Helmuth von Grohman*, unmittelbar zuvor Staatssekretär im niedersächsischen Vertriebenenministerium.

Am 14. Juli 1961 stellt *von Grohman* aus persönlichen Gründen den Antrag, ihn mit sofortiger Wirkung aus seinem Amt zu entlassen, dem Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* entspricht.

1957	a) 211. Sitz. b) 23. 5. 1957 c) 2. Ber.	<i>Rösch</i> (CDU) <i>Lüders</i> (FDP) <i>Ritzel</i> (SPD) BTPräs. <i>Gerstenmaier</i> (CDU)	(Berichterstattung) Änderungsvorschläge zur Erleichterung der Tätigkeit der Abg.; Arbeitseinsatz und Entlohnung der Kraftfahrer des BT; Kritik am Bundeshaus-Restaurant. Kritik am Bundeshaus-Restaurant; zur Arbeitsökonomie des BT und zu den Gründen der leeren Bänke im Plenum. Probleme der technischen Organisation des BT durch die Tatsache bedingt, daß das Bundeshaus als ehem. Pädagogische Akademie ein Provisorium ist; mangelnde Arbeitsräume für Abg. und Ausschußsitzungszimmer; Arbeitszeitturnus; Hinweis auf den probeweisen Einsatz einer Abstimmungsmaschine; zur Kritik am Bundeshaus-Restaurant; Bedenken gegen Erweiterungen und Neubauten aller Art für Bundestag, um das Wort vom Provisorium ernst zu nehmen und den Willen zur Wiedervereinigung zum Ausdruck zu bringen; Raumbeschaffung für den Wehrbeauftragten; Räume für die Presse.
------	---	---	--

Haushaltsplan für	a) Sitz.-Nr. b) Datum c) Beratung	Redner	Parlamentskritik, Reformvorschläge, Änderungsanträge
1961	a) 147. Sitz. b) 8. 3. 1961 c) 2. Ber.	<i>Rösch</i> (CDU) <i>Ritzel</i> (SPD) <i>Brese</i> (CDU) <i>Bucher</i> (FDP) BTPräs. <i>Gerstenmaier</i> (CDU) <i>Schmid</i> (Frankfurt) (SPD) <i>Schoettle</i> (SPD) <i>Mommer</i> (SPD) <i>Krone</i> (CDU) BTPräs. <i>Gerstenmaier</i> (CDU)	(Berichterstattung) Erhöhung der Mittel für die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft. Ablehnung eines Umbaus bzw. der Umgestaltung des Plenarsaals. Streichung der für den Umbau des Plenarsaals beantragten Mittel. Notwendigkeit der Umgestaltung des Plenarsaals; Glaube des Liberalismus an den Sinn und Wert der Diskussion. Eintreten für Umgestaltung des Plenarsaals. Anstelle Umgestaltung des Plenarsaals Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten der Abg. und der Arbeitsbedingungen des BT-Personals. Eintreten für Umgestaltung des Plenarsaals. Umgestaltung des Plenarsaals und Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten sind notwendig. Ein eigener Arbeitsraum für jeden Abg. ist Planungsziel des BT-Präsidiums.
1962	-	-	-

1964	-	-	-
1965	a) 164. Sitz. b) 17. 2. 1965 c) 2. Ber.	<p><i>Götz</i> (CDU)</p> <p><i>Darr</i> (FDP)</p> <p><i>Conring</i> (CDU)</p> <p><i>Rutschke</i> (FDP)</p> <p><i>Brese</i> (CDU)</p> <p><i>Gradl</i> (CDU)</p> <p>BTPräs. <i>Gerstenmaier</i> (CDU)</p> <p><i>Dorn</i> (FDP)</p> <p><i>Götz</i> (CDU)</p> <p><i>Mömmner</i> (SPD)</p> <p>BTPräs. <i>Gerstenmaier</i> (CDU)</p> <p><i>Moersch</i> (FDP)</p> <p><i>Friedensburg</i> (CDU)</p>	<p>(Berichterstattung): Neubauten des BT, hier: Errichtung eines Bürohauses, keine Festlegung auf das Gesamtprojekt BT-Neubau.</p> <p>Einführung der Aktuellen Stunde ein erster Schritt zur Parlamentsreform; weitere Reformen erforderlich, um zu einem ausgewogenen Verhältnis von Parlament und Regierung zu kommen; reformbedürftig ferner Praxis der Ausschüsse (Flaschenhals Rechtsausschuß) sowie Immunitätsrecht.</p> <p>Klarstellung, daß es beim BT-Neubau zur Zeit nur um ein Bürohaus geht.</p> <p>Um jedem Abg. ein Zimmer zur Verfügung zu stellen, ist kein 2stöckiges Hochhaus erforderlich; außerdem steht Wiederherstellung des Reichstagsgebäudes in Berlin dazu im Widerspruch.</p> <p>Bürohaus ist in Wirklichkeit erster Bauabschnitt eines neuen Regierungsviertels; gefährdet Glaubwürdigkeit, daß Berlin die Hauptstadt Deutschlands ist.</p> <p>Hinweis auf möglichen Widerspruch zwischen der Forderung, die Funktion Berlins als deutsche Hauptstadt wiederherzustellen, und Etablierung eines monströsen BT-Baus; inwieweit findet eine Festlegung auf ein Hochhaus statt?</p> <p>Beschlossen wird Errichtung eines Bürohauses, und zwar eines Hochhauses, aber keine künftige Festlegung; Forderungen nach Erweiterung des parlamentarischen Hilfsdienstes nur sinnvoll, wenn zuvor Raumfrage gelöst ist; Auseinandersetzung mit Abg. <i>Rutschke</i> über angebliche Auskunft der BT-Verwaltung, mit 69 zusätzlichen Räumen auszukommen; brauchbare Alternative zu Bürohaus nicht möglich; Raumbedarf des BT bedingt durch Verlagerung der Parlamentsarbeit aus Plenum in Fraktionsarbeitskreise und Ausschüsse; gefährliche Behauptung, Bürohaus des BT sei Wiedervereinigung abträglich.</p> <p>Bei Verhandlungen mit der Stadt Bonn wird sich Diskussion über Gesamtkonzeption Regierungsviertel automatisch ergeben.</p> <p>Zahlreiche Klarstellungen; im Raumbedarf auch Räume für Ausschüsse und Sekretariate enthalten.</p> <p>Rechtfertigung des Bürohauses aus Kostengründen; aus Rücksicht auf Berlin für BT in Bonn Zweckbauten anstelle von Repräsentationsbauten erforderlich; Entscheidung für Bonn 1949 wahrscheinlich ein Fehler.</p> <p>Auseinandersetzung mit der Berechnung des Abg. <i>Rutschke</i>, es seien nur 69 zusätzliche Abg.-Zimmer notwendig; gegen Einbeziehung der Abg.-Wohnungen in die Berechnung der Abg.-Arbeitsräume.</p> <p>einige Klarstellungen.</p> <p>Haltung der Berliner Abg. zur Bundestagsplanung in Bonn.</p>

Haushaltsplan für	a) Sitz-Nr. b) Datum c) Beratung	Redner	Parlamentaristik, Reformvorschläge, Änderungsanträge
noch: 1965		<i>Goetz</i> (CDU) <i>Ende</i> (FDP) <i>Conzang</i> (CDU) <i>Rüzel</i> (SPD) BTPräs. <i>Gerszenmaier</i> (CDU)	einige Klarstellungen als Berichterstatter. haushaltsrechtliche Klarstellung über Tragweite der Mittel-Bewilligung. haushaltsrechtliche Klarstellung über Tragweite der Mittel-Bewilligung. haushaltsrechtliche Klarstellung über Tragweite der Mittel-Bewilligung. haushaltsrechtliche Klarstellung über Tragweite der Mittel-Bewilligung.
1966	a) 41. Sitz. b) 17. 5. 1966 c) 2. Ber.	<i>Goetz</i> (CDU) <i>Dorn</i> (FDP) <i>Frehsie</i> (SPD) <i>Brese</i> (CDU) BTPräs. <i>Gerszenmaier</i> (CDU) <i>Abelsin</i> (CDU) <i>Genscher</i> (FDP) <i>Ruf</i> (CDU)	(Berichterstattung): Motive und Fakten zugunsten des Beschlusses, ein Bürohaus zu errichten; kritische Überprüfung des Raumbedarfs führte zu jetzigem Projekt eines Bürohauses anstelle verschiedener „kleiner Lösungen“. Vorstellung einer Alternativlösung (u. a. Einbeziehung des Bundesratsflügels); Ablehnung des Bürohochhauses. Darlegung der unzumutbaren Raumverhältnisse im BT, insbesondere auch Situation der Ausschüsse und der BT-Verwaltung; Lösung nur durch das geplante Bürohaus. Raummangel durch Ausweitung der BT-Verwaltung verursacht; Ablehnung des geplanten Neubaus. Zur Interessenlage der Stadt Bonn und zum Grundstückskauf in der Gronau; Ablehnung von Alternativlösungen, die u. a. von der falschen Voraussetzung ausgehen, der Bundesrat wolle ausziehen und selber bauen. Schaffung der simpelsten Voraussetzungen für normale Arbeit eine Selbstverständlichkeit. Auseinandersetzung über tatsächlichen Raumbedarf. Auseinandersetzung über tatsächlichen Raumbedarf; FDP-Antrag auf Streichung der Mittel für Bürohochhaus und statt dessen Verwendung für Olympiade = „Stimmenslang primitivster Art“.
	a) 45. Sitz. b) 27. 5. 1966 c) 3. Ber.	<i>Dichgans</i> (CDU)	Einrichtung eines Archivs „Erinnerungen von Abgeordneten“ und deren auszugsweise Veröffentlichung.
1967	-	-	-

2010

13 Funktionen und Reformen des Bundestages

1968	a) 166. Sitz. b) 3. 4. 1968 c) 2. Ber.	<i>Klopsch</i> (CDU) <i>Krappe</i> (SPD) <i>Rausche</i> (FDP) <i>Brese</i> (CDU) <i>Mommer</i> (SPD) <i>Müller</i> (München) (SPD) <i>Picard</i> (CDU) <i>Hermesdorf</i> (SPD) <i>Ertz</i> (FDP) BTPräs. <i>Gerszenmaier</i> (CDU) <i>Dorn</i> (FDP) <i>Klopsch</i> (CDU) <i>Jacobi</i> (CDU) <i>Dichgans</i> (CDU) <i>Bauer</i> (SPD)	Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Abg. durch Beschäftigung von Hilfskräften. Ablehnung des Antrags zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Ablehnung des Antrags zum gegenwärtigen Zeitpunkt; Schaffung eines „Senats für Parlamentarier“ zur Prüfung der Belange der Abg. Hilfskräfte nicht erforderlich. Antrag auf Hilfskräfte berechtigt, aber nicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Arbeitsbedingungen der Abg., Herstellung der Chancengleichheit im Parlament (zur Zeit „Dreiklassensystem“). Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Abg.; Herkunft von Abg.-Reden aus Ministerien; Verwahrung gegen Mißbrauch, mit der Möglichkeit der Beschäftigung von Hilfskräften könne Mißbrauch getrieben werden. laufend Versuche, Arbeitsbedingungen der Abg. zu verbessern, z. B. Einführung der Altersversorgung; Antrag betr. Hilfskräfte aus verschiedenen Gründen „unsäuber“ und „ameritis“. Vor Entscheidung für Hilfskräfte generelle Prüfung der Arbeitsmethode des BT erforderlich. Für Antrag betr. Hilfskräfte ist Deckungsvorschlag erforderlich. Kritik an „unmöglichem Arbeitsrhythmus“ des BT. Deckungsvorschlag für Antrag betr. Hilfskräfte: Kürzung der Informationsmittel aller Ressorts der BfBz. bessere Einstufung der Ausschuß-Assistenten. Kritik an Überflutung des BT durch Routinearbeiten; Frage, ob das Grundgesetz noch den gegenwärtigen Bedürfnissen entspricht; Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsweise des BT: anstelle von neuen Gesetzen stärker von Ermächtigungen Gebrauch machen, Koordination der Ausschüsse, Gliederung der Information (Vorfall bei Drucksachen); Aktionsunfähigkeit des GO-Ausschusses. Bitte um eine Besetzung des GO-Ausschusses, die es erlaubt, die zahlreichen Vorlagen bis zum Ende der WP zu beraten.
------	--	--	---

13.4 Vorschläge zur Parlamentarisierung bei den Beratungen des Bundestages

2011

Fußnoten für die Seiten 2940–2946:

³⁾ Eugen Gerstenmaier (mit Referat zum Thema „Aktuelle Probleme des Parlamentarismus in Deutschland“)

18.1 Wahl und Amtszeit der Wehrbeauftragten

3159

Nach dem Inkrafttreten des ersten Wehrbeauftragtengesetzes von 1957 dauerte es bis zur Wahl des ersten Wehrbeauftragten noch zwei Jahre. In der folgenden Aufstellung sind die bisherigen Wehrbeauftragten des Bundestages mit den Daten ihrer Amtszeit genannt.

1) Helmut von Grodman

Wahl am 19. Februar 1959 (3. WP, 62. Sitz.)

Wahlvorschlag des Ausschusses für Verteidigung:

General a. D. *Helmut von Grodman*

Wahlergebnis:	Abgegebene Stimmen	415
	davon: Ja-Stimmen	366
	Nein-Stimmen	16
	Stimmenthaltungen	32
	ungültige Stimme	1

Verteidigung: 19. März 1959

Am 14. Juli 1961 stellt der Wehrbeauftragte von *Grodman* aus persönlichen Gründen den Antrag, ihn mit sofortiger Wirkung aus seinem Amt zu entlassen, dem Bundestagspräsident D. Dr. *Eugen Gerstenmaier* entspricht.

2) Hellmuth Heye

Wahl und Verteidigung am 8. November 1961 (4. WP, 3. Sitz.)

Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP:

Vizeadmiral a. D. *Hellmuth Heye* (MdB während der 2. und 3. WP, 1953–1961 [CDU])

Wahlergebnis:

Der Bundestag erteilt die Zustimmung, den Wehrbeauftragten durch Akklamation zu wählen. Ohne Widerspruch wird *Hellmuth Heye* durch Akklamation gewählt.

Wegen Kritik über die innere Verfassung der Bundeswehr, die der Wehrbeauftragte *Hellmuth Heye* in einer Illustrierten veröffentlicht hatte, gibt am 25. Juni 1964 (4. WP, 133. Sitz.) Bundestagspräsident D. Dr. *Eugen Gerstenmaier* eine Erklärung ab und bewilligt einen von *Heye* erbetenen längeren Krankheitsurlaub.

Am 10. November 1964 bittet Wehrbeauftragter *Heye* um seine sofortige Entlassung. Diesem Verlangen wird am 11. November 1964 mit Aushändigung der Urkunde entsprochen.

3. Bundesversammlung Berlin/Ostpreußenhalle 1. Juli 1959 Zahl der Mitgl. d. Bundesvers.: 1038 Präsident d. Bundesvers.: Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Heinrich Lübke</i> (CDU/CSU) ⁴⁾ <i>Carlo Schmid</i> (SPD) <i>Max Becker</i> (FDP) Enthaltungen	1031 1033 517 526 385 386 104 99 25 22	Dr. h. c. Heinrich Lübke im 2. Wahlgang mit 526 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 520 Stimmen) Eidesleistung ⁶⁾ : 15. September 1959	13. September 1959 bis 12. September 1964
4. Bundesversammlung Berlin/Ostpreußenhalle 1. Juli 1964 Zahl der Mitgl. d. Bundesvers.: 1042 Präsident d. Bundesvers.: Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Heinrich Lübke</i> (CDU/CSU) <i>Ewald Bucher</i> (FDP) Enthaltungen ungültige Stimmen	1024 710 123 187 4	Dr. h. c. Heinrich Lübke (Wiederwahl) im 1. Wahlgang mit 710 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 522 Stimmen) ohne Eidesleistung ⁷⁾	13. September 1964 bis 30. Juni 1969 ⁵⁾

19.3 Bundespräsident / Bundestagspräsident / Bundesratspräsident / Bundeskanzler

Die folgende Zusammenstellung enthält alle Amtsinhaber seit 1949 mit der Dauer ihrer Amtszeit. In einer Synopse auf der rechten Seite werden die maßgeblichen Bestimmungen zur Wahl, Amtsdauer und Stellvertretung von Bundespräsident, Bundestagspräsident, Bundesratspräsident und Bundeskanzler gegenübergestellt.

Jahr	Bundespräsident	Bundestagspräsident	Bundesratspräsident	Bundeskanzler
1949	<i>Theodor Heuss</i> 13. 9. 49 – 12. 9. 54	<i>Erich Köhler</i> 7. 9. 49 – 18. 10. 50 (Rücktritt)	<i>Karl Arnold</i> 7. 9. 49 – 6. 9. 50	<i>Konrad Adenauer</i> 20. 9. 49 – 20. 10. 53
1950		<i>Hermann Ehlers</i> 19. 10. 50 – 6. 10. 53	<i>Hans Ehard</i> 8. 9. 50 – 7. 9. 51	
1951			<i>Hinrich Wilhelm Kopf</i> 7. 9. 51 – 6. 9. 52	
1952			<i>Reinhold Maier</i> 7. 9. 52 – 6. 9. 53	
1953		<i>Hermann Ehlers</i> 6. 10. 53 – 29. 10. 54 (†)	<i>Georg-August Zinn</i> 7. 9. 53 – 6. 9. 54	<i>Konrad Adenauer</i> 20. 10. 53 – 29. 10. 57
1954	<i>Theodor Heuss</i> 13. 9. 54 – 12. 9. 59	<i>Eugen Gerstenmaier</i> 16. 11. 54 – 15. 10. 57	<i>Peter Altmeier</i> 7. 9. 54 – 6. 9. 55	
1955			<i>Kai-Uwe von Hassel</i> 7. 9. 55 – 6. 9. 56	
1956			<i>Kurt Sieveking</i> 7. 9. 56 – 31. 10. 57	
1957		<i>Eugen Gerstenmaier</i> 15. 10. 57 – 17. 10. 61	<i>Otto Suhr</i> (†) (gewählt am 21. 7. 57, vor Amtsübernahme am 30. 8. 57 verstorben)	<i>Konrad Adenauer</i> 29. 10. 57 – 14. 11. 61
			<i>Willy Brandt</i> 1. 11. 57 – 31. 10. 58	
1958			<i>Wilhelm Kaisen</i> 1. 11. 58 – 31. 10. 59	
1959	<i>Heinrich Lübke</i> 13. 9. 59 – 12. 9. 64		<i>Franz Josef Röder</i> 1. 11. 59 – 31. 10. 60	
1960			<i>Franz Meyers</i> 1. 11. 60 – 31. 10. 61	
1961		<i>Eugen Gerstenmaier</i> 17. 10. 61 – 19. 10. 65	<i>Hans Ehard</i> 1. 11. 61 – 31. 10. 62	<i>Konrad Adenauer</i> 14. 11. 61 – 15. 10. 63 (Rücktritt)
1962			<i>Kurt Georg Kiesinger</i> 1. 11. 62 – 31. 10. 63	

Fortsetzung Seite 3192

Jahr	Bundespräsident	Bundestagspräsident	Bundesratspräsident	Bundeskanzler
1963			<i>Georg Diederichs</i> 1. 11. 63 – 31. 10. 64	<i>Ludwig Erhard</i> 16. 10. 63 – 26. 10. 65
1964	<i>Heinrich Lübke</i> 13. 9. 64 – 30. 6. 69 (Rücktritt)		<i>Georg-August Zinn</i> 1. 11. 64 – 31. 10. 65	
1965		<i>Eugen Gerstenmaier</i> 19. 10. 65 – 31. 1. 69 (Rücktritt)	<i>Peter Altmeier</i> 1. 11. 65 – 31. 10. 66	<i>Ludwig Erhard</i> 26. 10. 65 – 30. 11. 66 (Rücktritt)

18. April 1958 Bei der ersten Beratung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages muß Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* jedoch feststellen, daß sich „beträchtliche Teile des Hauses nicht dazu entschließen können, eine Vorlage zur Errichtung einer Altersversorgung mit zu unterstützen“.
- Gerstenmaier* hatte 1956 – nach Absprache mit den Fraktionen der CDU/CSU und SPD – der Landtagspräsidenten-Konferenz zugesagt, die Pensionsfrage in der 3. Wahlperiode des Bundestages sofort in Angriff zu nehmen.

p. 3238

7. Februar 1964 Während der ersten Beratung des Diätengesetzes 1964 weist Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* wiederholt auf das Fehlen einer parlamentarischen Alterssicherung und die damit verbundenen negativen Folgen für die materielle Situation einzelner Kategorien von Abgeordneten hin. Er bestätigt aber zugleich die ablehnende Haltung des Bundestages in dieser Frage.

20.6 Altersversorgung der Abgeordneten p. 3239

7. Februar 1968 Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* verteidigt zwar die Notwendigkeit einer Parlamentarierversorgung, weist jedoch darauf hin, daß weiterhin Meinungsverschiedenheiten über die Art und Weise der Regelung bestünden und Änderungsanträge angekündigt seien.

15. Februar 1968

Im Bundestagsvorstand stehen beide Entwürfe zur Debatte. Eine Einigung kommt nicht zustande. Zudem zeigt die Diskussion, daß noch zahlreiche weitere rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der Abgeordnetenversorgung zu klären sind, beispielsweise die gegenseitige Anrechnung von Versorgungsbeträgen aus öffentlichen Kassen.

Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmayer* gibt mehrere Gutachten zu den mit den Gesetzesvorlagen verbundenen rechtlichen Grundsatzfragen in Auftrag.

3240

20 *Haushalt des Bundestages (Einzelplan 02)*

12./13. März 1968

Unter erheblichem Zeitdruck wegen der Terminlage des Haushaltsgesetzes 1968 gelangt der Bundestagsvorstand zu einer grundsätzlichen Einigung.

Anstelle der bis zu diesem Zeitpunkt von allen drei Fraktionen unterstützten beamtenrechtlichen Lösung spricht sich der Vorstand nun dafür aus, die Altersversorgung für Mitglieder des Bundestages versicherungsrechtlich zu regeln. Das bedeutet Eigenleistungen der MdB aus gleichzeitig erhöhten Diäten sowie Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt. Diese Lösung entspricht den Vorstellungen, die Bundestagspräsident *Gerstenmayer* und die Gruppe *Windelen* verfochten hatten.

„Letztlich ausschlaggebend für das Abgehen von der ‚Pensionslösung‘ dürften die in den Gutachten enthaltenen rechtlichen Bedenken gewesen sein. Bei der beamtenrechtlichen Regelung hätten doppelte Versorgungszahlungen aus öffentlichen Mitteln an Beamtenabgeordnete ... zu Verfassungsklagen führen können.“ (*Klatt a.a.O. S. 71*)



Das 1952 bezogene neue Abgeordnetenhaus (heute: „Altes Hochhaus“)

Foto: Bundebildstelle

16. Januar 1958

Mit der Gestaltung des Plenarsaales in Form eines Vortragsaals sind viele Abgeordnete unzufrieden. In der Sitzung des Bundestagsvorstandes erläutert Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* seine Vorstellung von einem

Plenarsaal, der die freie Rede und echtes Debattieren ermöglicht. Nach dem Vorbild des britischen Unterhauses wünscht er sich die Anordnung der Sitzreihen in zwei einander gegenüberliegenden Gruppen.

2. Dezember 1959 Die Frankfurter Allgemeine Zeitung meldet, im Ältestenrat sei ein Modell für den Umbau des Plenarsaales vorgestellt worden. Es kopiere nicht den Saal des englischen Unterhauses und bedeute keine radikale Abkehr von dem bisherigen Bau, gebe aber dem Plenarsaal mehr den Charakter eines Amphitheaters.

9. Februar 1961 Der Vorstand des Bundestages diskutiert über Raumprobleme. Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* erklärt, er halte es für notwendig, daß jedem Abgeordneten „ein kleines ausreichendes Zimmer“ zur Verfügung stehe, und setzt sich besonders für die Schaffung ausreichender Ausschuß- und Fraktionszimmer ein. Falls der Bundesrat den Nordflügel aufgabe, der dann dem Bundestag zur Verfügung stünde, werde ein neues Raumprogramm vorgelegt.

8. März 1961 Im Rahmen der Haushaltsdebatte diskutiert der Deutsche Bundestag über die Umgestaltung des Plenarsaales (der Haushaltsentwurf weist 1,2 Millionen DM für Umgestaltung und Instandsetzungsarbeiten aus). Vehementester Befürworter eines Plenarsaalumbaus ist nach wie vor Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier*. Nach dem Vorbild des britischen Unterhauses möchte er die optische Trennung zwischen Regierung und Parlamentsmehrheit aufheben und die Sitze im Stil von Westminster in zwei einander gegenüberliegenden Gruppen von Sitzreihen anordnen, so daß die Abgeordneten der Regierungsparteien einschließlich der Regierungsmitglieder den Abgeordneten der Opposition gegenüber sitzen. Er erhofft sich davon eine Belebung der Debatten im Plenum. Der Saal, wie er ist, folge dem Charakter des Hörsaals: „Einer spricht, alles sieht her.“ Der Saal verbanne aus seiner Mitte eine echte, gesteigerte Chance der Diskussion.

Nachdrücklich unterstützt wird *Gerstenmaier* vor allem von einflußreichen Mitgliedern der SPD-Fraktion (*Carlo Schmid*: „Das einander politisch gegenüberstehen muß auch sichtbar zum Ausdruck kommen.“ – *Karl Mommer*: „Wer von uns hätte 1949 diesen Saal so bauen lassen, wenn er vorher gefragt worden wäre...? Dieser Saal ist der schlechteste Saal in der Welt, den ich kenne.“). Trotz so gewichtiger Fürsprecher trifft der Umbauplan doch auf eine verbreitete Opposition, wobei die Kontroverse quer durch die Fraktionen verläuft, außer bei der FDP, die sich als dritte Kraft versteht und sich der Teilung des Hauses in zwei Seiten geschlossen widersetzt. Die Gegner einer „englischen Lösung“ führen vor allem folgende Gründe ins Feld:

- Der Umbau stelle die provisorische Natur der Bonner Institutionen in Frage;
- er entspreche nicht dem in der Bundesrepublik vorhandenen Mehrparteiensystem;
- er bringe die verfassungsmäßige Trennung von Parlament und Regierung nicht zum Ausdruck;
- der Umbau sei aus Gründen der Sparsamkeit abzulehnen.

Die Abstimmung ergibt eine Mehrheit für den Umbau, aber die Wahlperiode geht zu Ende, ohne daß die Pläne feste Gestalt annehmen.

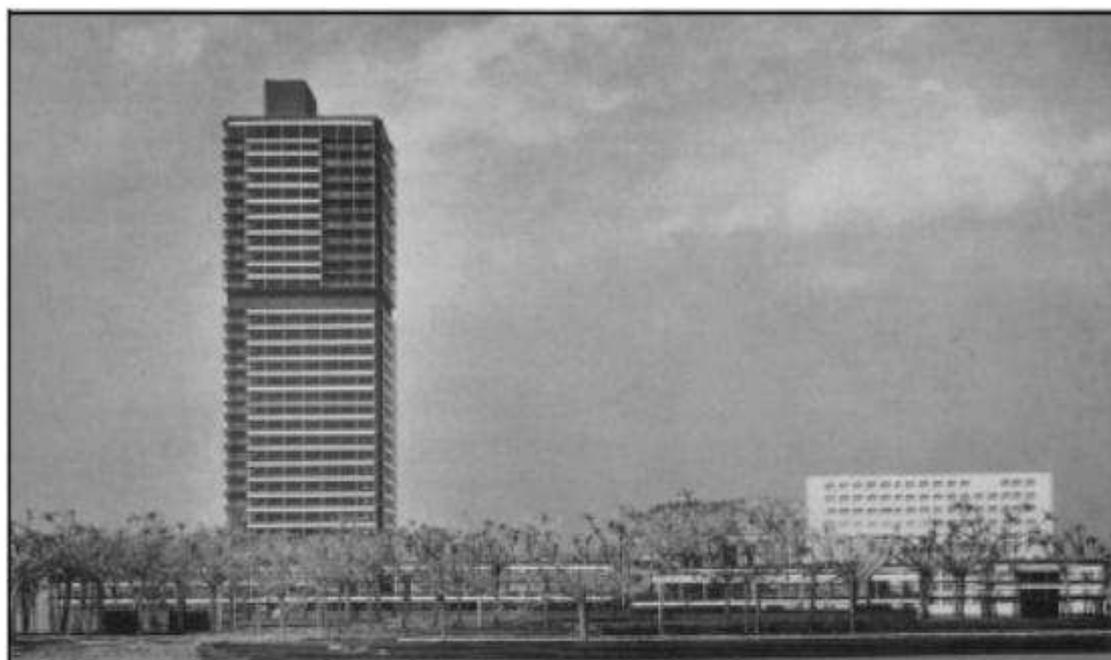


Luftaufnahme vom Bundeshaus-Bereich (1956)

Foto aus Bonner-Geschichtsblätter Band 35/1984

20. Juni 1961 Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmayer* ist der Meinung, der Bundestag müsse ein eigenes Bauprogramm durchführen, da selbst durch einen Bundesratsneubau nicht genügend Räume frei würden, um jedem Abgeordneten ein eigenes Arbeitszimmer zur Verfügung stellen zu können und eine ausreichende Zahl von Sitzungsräumen für die Ausschüsse zu schaffen. Der Bundestagsvorstand beschließt daraufhin einstimmig einen „Um- und Erweiterungsbau des Deutschen Bundestages“. Es wird angeregt, die Bundesbaudirektion ein klares Bauprogramm entwickeln zu lassen.
- 1961 In der Saemischstraße (Nr. 2 bis 4) gegenüber dem Bundeshaus werden 64 Abgeordneten-Wohnungen errichtet. Die Wohnungen sind zwar öffentlich gefördert, entstehen aber nicht in eigener Planung des Bundestages. Die Abgeordneten zahlen Miete, nutzen wegen der pekären Raumverhältnisse im Bundeshaus die Wohnungen zum Teil aber auch als Büros.
13. August 1961 Durch den Bau der Berliner Mauer verringert sich die Aussicht, daß die alte Hauptstadt in absehbarer Zeit wieder Regierungssitz wird. Damit wächst die Bereitschaft, in Bonn eine befriedigende Lösung für die Raumprobleme des Bundestages zu suchen.
13. Dezember 1961 In der Sitzung des Bundestagsvorstandes stellt Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmayer* die Raumprobleme des Bundestages dar und schlägt zu ihrer Lösung folgendes Programm vor:
1. die Errichtung eines Neubaus mit den erforderlichen Ausschußräumen und den zugehörigen Räumen für die Ausschußsekretariate;
 2. den Bau eines neuen Plenarsaals;
 3. die Umgestaltung und Neuverteilung der vorhandenen Räume – einschließlich des Nordflügels – mit dem Ziel, jedem Abgeordneten einen Arbeitsraum zur Verfügung zu stellen.

22. Januar 1963 Der Vorstand des Bundestages diskutiert ein vom Bundesschatzministerium bereitgestelltes Modell für die Bebauung des Bundeshausgeländes. Bundestagspräsident *Gerstenmayer* bezeichnet den Plan, nach Süden anschließend an das jetzige Bundestagsgebäude ein neues Hochhaus mit 25 Geschossen für Abgeordnetenzimmer, Ausschusssitzungsräume und Sekretariate, einen neuen Plenarsaal, einen Fraktionsbau sowie ein neues Gebäude für den Bundesrat zu errichten, als das Beste, was sich angesichts der örtlichen Gegebenheiten erreichen lasse. Das neue Hochhaus solle das höchste Gebäude der Metropole Bonn-Bad Godesberg werden, so daß das Parlament die Landschaft präge. Der Vorstand akzeptiert den Entwurf des Bundesschatzministeriums und ermächtigt dieses, mit der Stadt Bonn bzw. anderen Anrainern in Verhandlungen über den Erwerb von Gelände in der Gronau einzutreten.
- 1963/1964 Ein ehemaliges Bootshaus am Rheinufer wird zum Bürobungalow umgebaut, der die Zentralstelle für Petitionen und Eingaben aufnehmen soll.
20. Januar 1964 Der Vorstand des Bundestages tritt für den Erwerb des Gronaugeländes durch den Bund ein. Außerdem beschließt er, im Haushaltsjahr 1964 das (alte) Hochhaus um ein siebtes Stockwerk erweitern zu lassen.
15. April 1964 Mit der Verabschiedung des Bundeshaushalts 1964 wird entsprechend dem Antrag des Haushaltsausschusses erstmals der Titel 710 als Leertitel in den Einzelplan 02 eingestellt mit der Zweckbestimmung: „Neubauten für Zwecke des Bundestages einschließlich der erforderlichen Ersteinrichtung“.
28. April 1964 Entsprechend dem vom Bundestagsvorstand geäußerten Wunsch nach einem Gesamtprojekt für die Erweiterungsbauten des Bundestages, das abschnittsweise durchgeführt werden kann, kündigt das Bundesschatzministerium an, daß die Absicht der Bundesbaudirektion jetzt dahingeht, als erstes das Hochhaus zu bauen.
26. Juni 1964 Trotz öffentlicher Kritik an den Neubauplänen des Bundestages hält der Vorstand als zuständiges Beschlußorgan an dem vom Bundesschatzministerium vorgelegten Baustufenplan fest und beschließt, für die Erweiterungsbauten des Bundestages im Haushaltsplan 1965 12 Millionen DM einzusetzen.
- 1965 In der Heussallee (Nr. 7 bis 11) werden weitere 69 Apartments für Abgeordnete erstellt. Auch ein Teil dieser Wohnungen muß von den Abgeordneten gleichzeitig als Büroraum genutzt werden.
17. Februar 1965 Der Bundestag bewilligt Mittel für den Bau eines Bürohauses (später: „Neues Hochhaus“) mit 447 Büroräumen für Abgeordnete, 20 Sitzungssälen und 120 Büroräumen für die Ausschüsse. Zunächst werden 12 Millionen DM freigegeben. Die Gesamtkosten des Gebäudes werden auf 48,5 Millionen DM beziffert.
- Der Hochbau, der die Arbeitsbedingungen der Abgeordneten grundlegend verbessern soll, wird als vorrangig eingestuft im Rahmen des größeren Bauprojektes, das außerdem eigene Gebäude für die Fraktionen, die Präsidialbüros und einen neuen Plenarsaal vorsieht. Das Projekt soll insgesamt 110 Millionen DM kosten. Mit dem Argument, die erste Bewilligung schließe

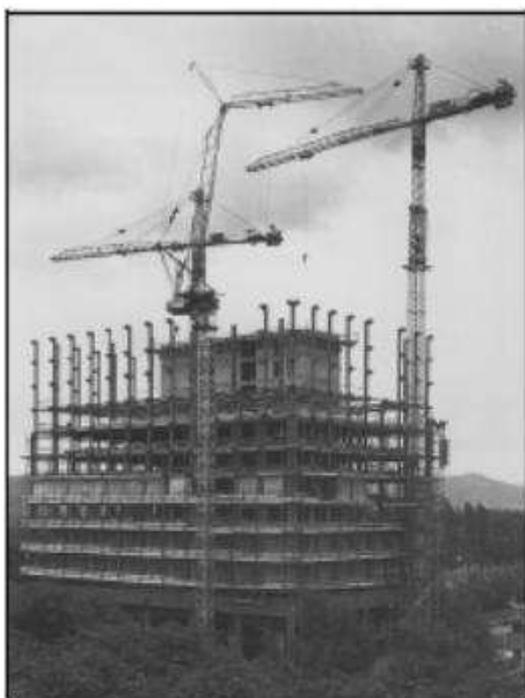


Ansicht des geplanten Bürohauses von der Rheinseite her (Modellfoto)

Foto aus Die Bauverwaltung, Heft 7/1966

nicht die Verpflichtung zur Fertigstellung des Hochbaus ein, vielmehr könne der Bau in beliebiger Höhe beendet werden, suchen die Befürworter den Gegnern, die auf die Kosten und den Provisoriumscharakter Bonns als Regierungssitz verweisen, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier*, früher eifriger Befürworter eines neuen Plenarsaales, setzt sich jetzt nachdrücklich für das Bürohochhaus ein, weil es den Arbeitsstrukturen des Bundestages am ehesten entspreche: „Man kann es bedauern, meine Damen und Herren, daß sich der deutsche Parlamentarismus im Laufe dieser 15 Jahre so entwickelt hat, daß er sich vorwiegend in Arbeitskreisen der Fraktionen, in Ausschüssen, die Organe des Bundestages sind, und in der Einzelarbeit des Abgeordneten bzw. einiger Abgeordneter vollzieht. Das kann man bedauern; denn das bedeutet eine Verlagerung der Parlamentsarbeit aus dem Plenum heraus und damit natürlich weithin in die Unsichtbarkeit.“

- | | |
|-------------------|---|
| 20. Dezember 1965 | Die Stadt Bonn verkauft für 98,5 Millionen DM ein Gelände von 13,8 Hektar in der Gronau zur Errichtung von Gebäuden für Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung an den Bund. |
| 4. Mai 1966 | Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages bewilligt für das laufende Haushaltsjahr 3 Millionen DM zur Errichtung eines Bürohauses. Außerdem stimmt er dem Baubeginn und der Begründung von Verpflichtungen zu Lasten künftiger Rechnungsjahre zu. |
| 17. Mai 1966 | Der Bundestag stimmt dem Einzelplan 02 in der vom Haushaltsausschuß vorgelegten Fassung zu. Zuvor betont in der Debatte der Berichterstatter <i>Hermann Götz</i> (CDU/CSU), die Planung für das Bürohaus des Bundes- |



Das neue Abgeordnetenhochhaus in der Bauphase 1967/1968



Foto: Bundestag/Höring

tages sei so angelegt, daß sie keine Festlegung auf ein Neubauprogramm des Bundeshauses insgesamt bedeute. Dennoch wird die Befürchtung geäußert, der Bau des Hochhauses werde den Neubau des Plenums zwangsläufig nach sich ziehen, weil das Hochhaus nicht für sich allein in seiner Funktion bestehen könne, sondern mit dem neuen Plenarsaal eine Einheit bilde. Dazu kämen Verbindungsblöcke für Fraktionen und Verwaltung.

29. August 1966 Mit dem Bau des Abgeordnetenhochhauses nach den Plänen des Architekten *Egon Eiermann* wird begonnen.
10. Mai 1968 In der Gronau wird das Richtfest des Neuen Hochhauses begangen. Es ist mit 106 m zum höchsten Gebäude Bonns herangewachsen.
- August 1968 Das Gesetz über die kommunale Neuordnung des Bonner Raumes tritt in Kraft. Durch die Zusammenlegung der Städte Bonn, Bad Godesberg und Beuel mit einigen Nachbargemeinden entsteht eine Großstadt mit fast 300 000 Einwohnern. Für das verstärkte Engagement des Bundes in Bonn ergibt sich damit ein einheitliches Planungsgebiet.
- Februar 1969 Die Büros in der 3. bis 12. Etage des Neuen Hochhauses werden bezogen. Das Gebäude hat inzwischen nach seinem eifrigen Förderer, Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmayer*, den Spitznamen „Langer Eugen“ erhalten.
27. März 1969 In der Haushaltsdebatte des Bundestages taucht die Frage einer Umgestaltung oder sogar eines Neubaus des Plenarsaals wieder auf, die in der Bauzeit des Neuen Hochhauses zurückgestellt worden war. Beklagt werden der

Wieder setzt sich *Willy Brandt* vehement für das Reichstagsgebäude ein: „Schließlich sollten wir dafür sorgen, daß das jahrelange Gezerre und Gerede um die Reichstagsruine durch einen bescheidenen, aber praktischen Schritt abgeklert wird. Es geht gar nicht darum, ob die künftige Nationalversammlung im wiederaufgebauten Reichstagsgebäude würde arbeiten können oder ob es dazu neuer Bauten bedürfen würde, sondern es geht um ein bißchen Sinn für Geschichte und auch um die Klärung der Frage, wie denn überhaupt praktisch der Wiederaufbau des Reichstagsgebäudes für den einen oder den anderen nationalen Zweck sinnvoll in die Wege geleitet werden soll.“

Der Antrag wird angenommen, und gleichzeitig erfolgt die Freigabe und Zuweisung weiterer Mittel für die vollständige Enttrümmerung, Substanzerhaltung und teilweise Restaurierung. Die verantwortliche Bundesbauverwaltung erhält die Weisung, vorerst nur Investitionen vorzunehmen, die einer späteren Entscheidung über die Zweckbestimmung des Gebäudes nicht vorgreifen.

6. Februar 1957

Der Bundestag bewilligt weitere 2,5 Millionen DM für Enttrümmerung, Sicherungsmaßnahmen und Substanzerhaltung am Reichstagsgebäude, verteilt auf zwei Haushaltsjahre. Mit diesen Mitteln sollen vor allem die Fassade gesichert und der Trümmerschutt beseitigt werden.

Derweil gehen die Meinungen über den Wiederaufbau und die künftige Zweckbestimmung des Reichstagsgebäudes weiter auseinander:

- Bundeskanzler *Konrad Adenauer* meint, das Reichstagsgebäude eigne sich sehr wohl für den Bundestag, plädiert aber für den Abriß der vier Ecktürme;
- der SPD-Politiker *Adolf Arndt* bezeichnet den Wiederaufbau als „unverantwortlichen Unfug“;
- Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmayer* wünscht sich den Ausbau und ist der Ansicht, daß „der historische Bau des ersten Deutschen Reichstages ... seinen ursprünglichen Zwecken entsprechend verwendet“ werden sollte;
- der Berliner Regierende Bürgermeister *Otto Suhr* verlangt nachdrücklich den Umbau, weil „die Bevölkerung der Sowjetzone es nicht verstehen“ würde, „wenn wir noch länger warten“.

30. März 1957

Der städtebauliche Wettbewerb „Hauptstadt Berlin“ wird ausgelobt. Die Frage nach Wiederaufbau und Zweckbestimmung des Reichstagsgebäudes wird in den Kontext des Hauptstadt Wettbewerbs eingebettet. Die Teilnehmer sollen die Frage beantworten, wo sie sich das Regierungsforum in der alten und zukünftigen Hauptstadt Deutschlands vorstellen und wie sie sich in diesem Zusammenhang die Zukunft des Reichstagsgebäudes denken.

Herbst 1957

Die für das Reichstagsgebäude verantwortliche Bundesbauverwaltung erhält einen Beirat, bestehend aus den Architekten *Johannes Rosstig*, *Otto Bartning*, *Hans Scharoun* und *Edgar Wedepohl*, der in allen architektonischen Fragen beratend tätig werden soll, die im Zusammenhang mit der Restaurierung des Wallot-Baus auftreten. Der Beirat geht davon aus, daß das Haus wieder aufgebaut, die Frage der Zweckbestimmung aber erst nach dem städtebaulichen Ideenwettbewerb „Hauptstadt Berlin“ entschieden wird. Die Kuppel will man nicht wieder aufbauen, die Ecktürme aber erhalten.

12. Februar 1959

Bei einem Besuch der Reichstagsbaustelle gibt Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmayer* bekannt, daß das Gebäude wieder hergestellt werde und zwar zu dem Zweck, dereinst Haus des Deutschen Bundestages zu sein. Kurze Zeit später fällt die endgültige Entscheidung für den Wiederaufbau, jedoch ohne Zweckbestimmung.



Das Reichstagsgebäude ohne Kuppel nach seinem Wiederaufbau

Foto: Landsbildstelle Berlin

- Dezember 1961 *Baumgarten* legt seinen überarbeiteten Entwurf der Bundesbaudirektion vor.
- Oktober 1963 Der zum Brandenburger Tor hin gelegene Südflügel wird nach Plänen der Bundesbaudirektion mit ersten Sitzungssälen fertiggestellt und seiner Bestimmung übergeben.
11. November 1963 Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmayer* erhält aus der Hand von Bundesfinanzminister *Werner Dollinger* den symbolischen Schlüssel für den fertiggestellten Teil des Hauses. Am selben Tag tritt zum ersten Mal seit mehr als 30 Jahren mit dem Ältestenrat des Bundestages wieder ein parlamentarisches Gremium im Reichstagsgebäude zusammen.
Der Architekt *Paul Baumgarten* wird für die Mitarbeit bei der Wiederherstellung auch der übrigen Trakte des Hauses gewonnen.
- April 1964 Das erste Obergeschoß – das alte Hauptgeschoß – mit den von *Baumgarten* gestalteten Sitzungssälen ist endgültig fertiggestellt. Die sogenannten Ausschußwochen des Bundestages in Berlin können nun regelmäßig mit wenigstens einigen Ausschüssen und Fraktionen im Reichstagsgebäude stattfinden.
2. Juli 1964 Der Südostteil des Gebäudes wird seiner Bestimmung übergeben.
1. Juni 1966 Beginn der Arbeiten für den von *Baumgarten* entworfenen Plenarsaal.
- Dezember 1967 Fertigstellung des Nordflügels.

Hörfunk- und Fernsehübertragungen von Plenarsitzungen: Chronik*)

7. September 1949 Erste Hörfunk-Live-Übertragung aus dem Plenarsaal des Bundestages: die konstituierende Sitzung des 1. Bundestages; umfangreichere Hörfunk-Direkt-Übertragungen von Plenarsitzungen folgen erst wieder 1952.
6. November 1949 Der Nordwestdeutsche Rundfunk (NWDR) sendet erstmals zusammenfassende Beiträge und Ausschnitte in der Reihe „Die Woche im Parlament“ (von da an wöchentlich sonntags zwischen 19.00 und 19.30 Uhr).
20. Januar 1950 Treffen der Rundfunkintendanten mit Mitgliedern des Bundestags-Ausschusses für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films, bei dem auch (mit deutlicher Skepsis seitens der Abgeordneten) Fragen der Übertragung von Plenarsitzungen und der Ausstrahlung von Ausschnittsendungen wie in der Reihe „Die Woche im Parlament“ des NWDR besprochen werden.
- 17./18. Oktober 1950 Während der Programmdirektoren-Konferenz der Rundfunkanstalten in Frankfurt/Main kommt man überein, „außer Regierungserklärung und Oppositionserklärung keine Übernahmen aus dem Parlament vorzunehmen“.
13. April 1951 Nach längeren Verhandlungen Abschluß eines Mietvertrages zwischen dem Bundestag und dem NWDR, wodurch der Rundfunkanstalt vier Räume im Erdgeschoß des Altbaus, ein Kontrollraum im Südflügel, ein

*) *Gregor Mayntz, Zwischen Volk und Volksvertretung. Entwicklung, Probleme und Perspektiven der Parlamentsberichterstattung unter besonderer Berücksichtigung von Fernsehen und Deutschem Bundestag.* Diss. Bonn 1992. Mit freundlicher Genehmigung des Autors wurde diese Untersuchung ausgewertet sowohl für den chronologischen als auch für den statistischen Teil dieses Abschnittes (vgl. insbes. S. 157–271). In der Untersuchung wird u. a. auch die unterschiedliche Einstellung der jeweiligen Bundestagspräsidenten in der Frage der Fernsehübertragung deutlich; einerseits aufgeschlossen und fördernd *Hermann Ehlers* (1950–1954) sowie *Kai-Uwe von Hassel* (ab 1969) und seine Amtsnachfolger, andererseits überwiegend ablehnend und restriktiv *Eugen Gerstenmaier* in seiner Amtszeit von 1954 bis 1969. Ferner ist der Untersuchung zu entnehmen, welche (nicht immer nachvollziehbaren) Begründungen für die widersprüchliche Praxis der Direktübertragungen von Plenarsitzungen durch Hörfunk und Fernsehen vorgebracht worden sind. Vgl. auch *Gregor Mayntz, Die Fernsehberichterstattung über den Deutschen Bundestag. Eine Bilanz.* In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen.* Jg. 24, 1993, H. 3, S. 351–366.

12. März 1957	<p>Bundestagspräsident <i>Eugen Gerstenmaier</i> teilt dem Ältestenrat mit, er habe entschieden, bis zum Ende der Wahlperiode weder Rundfunk noch Fernsehen bei Bundestagssitzungen zuzulassen.</p> <p>Eine Ausnahme wird jedoch bald auf Wunsch der Fraktionen für die Euratom-Debatte am 10. Mai 1957 beschlossen, die über neun Stunden lang direkt vom ARD-Fernsehen übertragen wird, ferner für die Gedenksitzung am 17. Juni 1957.</p>
15. Oktober 1957	<p>Die konstituierende Sitzung des 3. Bundestages wird über Fernsehen live übertragen.</p> <p>Bundestagspräsident <i>Gerstenmaier</i> hatte am 3. Oktober 1957 im Ältestenrat wie selbstverständlich mitgeteilt, er habe für die ersten beiden Sitzungen Live-Sendungen genehmigt.</p> <p>Tatsächlich werden nicht nur die Plenarsitzungen vom 15. und 22. Oktober (Wahl des Bundeskanzlers) direkt übertragen, sondern auch die Sitzungen vom 29. Oktober (Verteidigung des Kabinetts) und vom 5. November (Regierungserklärung und Debatte, von 9.55 bis 17.56 Uhr).</p>

- Februar 1963 Briefliche Auseinandersetzung zwischen dem Deutschen Journalisten-Verband (DJV) und Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* über die inzwischen äußerst restriktive Handhabung der Bildberichterstattung aus dem Bundestag. Der DJV argumentiert, die Berichterstattung über die öffentlichen Bundestagssitzungen könne nicht von Anträgen und Genehmigungen abhängig gemacht werden.
- 18./24. Oktober 1963 Fernseh-Live-Übertragung der ersten Regierungserklärung von *Ludwig Erhard* und der Aussprache, nachdem schon am 15. Oktober beim Rücktritt von Bundeskanzler *Konrad Adenauer* das Fernsehen für eine Stunde zugelassen worden war.
Von dem von der ARD live übertragenen Bild sendet das inzwischen gegründete Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) am gleichen Tag eine Aufzeichnung in Ausschnitten.
20. Oktober 1964 Der Ältestenrat des Bundestages spricht sich für eine Überprüfung der Regelungen über die Zulassung des Fernsehens im Parlament aus.
- März 1965 Der SPD-Fraktionsvorstand im Bundestag setzt sich dafür ein, wie dem Hörfunk auch dem Fernsehen die grundsätzliche Erlaubnis zu erteilen, Debatten mitzuschneiden und in Ausschnitten später zu senden; darüber hinaus sollte auch die Genehmigung zur Direktübertragung in der Regel gegeben werden.
25. November 1965 Die SPD-Bundestagsfraktion spricht sich dafür aus, Rundfunk- und Fernsehaufnahmen aus dem Plenum unbeschränkt zuzulassen.
Während des Jahres 1965 war den Fernsehanstalten mehrmals die Direktübertragung aus dem Plenarsaal gestattet worden, so im März die Debatte über die Verjährung von NS-Straftaten und die konstituierende Sitzung des 5. Bundestages am 19. Oktober (letztere gleichzeitig sowohl von der ARD als auch vom ZDF).
Nach der Fernseh-Live-Übertragung der viertägigen Aussprache zur Regierungserklärung von *Ludwig Erhard* Ende November/Anfang Dezember 1965 äußert sich Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* in einem Zeitungsinterview erstmals positiv zur Direktübertragung von Plenarsitzungen.
Insgesamt führt die wachsende Ausbreitung des Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland Mitte der 60er Jahre im Bundestag zu einer Neubewertung der Frage von Direktübertragungen. Auch bei den Fernsehanstalten setzen neue Überlegungen zugunsten einer intensiveren Parlamentsberichterstattung ein.
11. Januar 1966 Der Ältestenrat des Bundestages befaßt sich im Anschluß an die SPD-Initiative vom November 1965 mit der Frage der Fernsehübertragungen. Obwohl eine generelle Entscheidung in dieser Sitzung laut Protokoll nicht gefällt wurde, gilt dieses Datum als Zeitpunkt für die generelle Zulassung von Live-Sendungen aus dem Plenarsaal. Der Ältestenrat behält sich ledig-

Hinweis

Zur Einführung eines Parlamentsfernsehens enthält dieser Abschnitt eine eigene Chronik auf Seite 3495 ff.

Integrations-Ältestenrat**)

Zwischen 1965 und 1967 bestand auf Anregung von Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* und durch Beschluß der Fraktionen ein sog. „Integrations-Ältestenrat“.

Aufgaben:	<ul style="list-style-type: none"> – Entgegennahme der Informationen, zu deren Weitergabe die Bundesregierung nach Artikel 2 Satz 1 des Ratifizierungsgesetzes vom 25. März 1957 dem Bundestag gegenüber verpflichtet ist. Artikel 2 Satz 1 des Ratifizierungsgesetzes lautet: „Die Bundesregierung hat Bundestag und Bundesrat über die Entwicklung im Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und im Rat der Europäischen Atomgemeinschaft laufend zu unterrichten.“ – Unterrichtung über den Stand der Arbeiten beim Europäischen Parlament und dem Rat auf Grund entsprechender Kontaktpflege des Sekretariats des Integrations-Ältestenrates mit den Generalsekretariaten. – Erörterung von Grundsatzfragen, soweit sie nicht in die Zuständigkeit der Fachausschüsse des Bundestages fallen. (Zu denken ist insbesondere an die Strukturprobleme des Europäischen Parlaments, an Grundsatzfragen institutioneller Art usw.) – Behandlung von Routinefragen, insbesondere der Vorlagen der Bundesregierung auf Grund des Artikels 2 Satz 2 des Ratifizierungsgesetzes. – Weitergabe von Informationen, die der Integrations-Ältestenrat erhalten hat, an die Fachausschüsse. – Unterrichtung der Mitglieder des Europäischen Parlaments über die Beratungsergebnisse des Integrations-Ältestenrats.
Zusammensetzung:	<p>16 Mitglieder: Bundestagspräsident, je ein Parlamentarischer Geschäftsführer der drei Bundestagsfraktionen, weitere 12 Mitglieder, von denen rund sechs dem Europäischen Parlament angehören sollten.</p>
Rechtsgrundlage:	<p>Rechtlicher Status des Integrations-Ältestenrates entsprechend den späteren Unterkommissionen des Ältestenrates. Der Integrations-Ältestenrat ist kein Beschlußorgan, er ist dem Ältestenrat zugeordnet und leitet ihm seine Vorschläge zu.</p>

*) Vgl. Artikel 45 GG: „Der Bundestag bestellt einen Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Er kann ihn ermächtigen, die Rechte des Bundestages gemäß Artikel 23 gegenüber der Bundesregierung wahrzunehmen.“

***) Quelle: Vermerk des Bundestagsdirektors vom 20. März 1965.

Sitzungsturnus:	<p>Kein Sitzungsturnus vorgesehen; der Integrations-Ältestenrat muß einberufen werden, wenn eine Fraktion es beantragt.</p> <p>Der Integrations-Ältestenrat trat in der 4. Wahlperiode zwischen dem 12. Januar und dem 24. Mai 1965 dreimal und in der 5. Wahlperiode zwischen dem 22. Juni 1966 und dem 14. Februar 1967 ebenfalls dreimal zusammen; außerdem fand eine Besprechung statt.</p>
Konstituierung:	12. Januar 1965
Vorsitzende:	<p>4. Wahlperiode (1961–65): Bundestagspräsident <i>Eugen Gerstenmaier</i></p> <p>5. Wahlperiode (1965–69): Vizepräsidentin <i>Maria Probst</i> (bis † 1. 5. 1967)</p>

**Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages e. V.,
ab 1984: Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V.**

Gründungsjahr	1977
Zielsetzung	Zweck des Vereins ist nach § 2 der 1984 und 1994 geänderten Satzung: – die Gemeinsamkeit unter ehemaligen Abgeordneten zu pflegen, – die Verbindung zwischen seinen Mitgliedern und den Abgeordneten der deutschen Landtage, des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments zu fördern, – die Verbindung zu gleichgerichteten Vereinigungen ehemaliger Mitglieder der deutschen Landtage zu pflegen, – mit der Erfahrung seiner Mitglieder der parlamentarischen Demokratie in Deutschland zu dienen.
Arbeits- schwerpunkte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Diskussionsveranstaltungen mit herausragenden Politikern und anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, 2. Fortschreibung und Aktualisierung der Adressen und Angaben der aus dem Deutschen Bundestag und dem europäischen Parlament ausgeschiedenen Abgeordneten, 3. in begrenztem Umfang Zusammenarbeit mit ausländischen Vereinigungen ehemaliger Parlamentarier zur Förderung zwischenstaatlicher Beziehungen,

Vorsitzende	<ol style="list-style-type: none"> 4. Mitwirkung bei der staatsbürgerlichen Bildung junger Menschen, insbesondere der Soldaten und Zivildienstleistenden, 5. Beiträge zur Entwicklung des Parlamentarismus. 								
Geschäftsführer	<table border="0"> <tr> <td style="vertical-align: top;">1977–1986</td> <td>Prof. D. Dr. <i>Eugen Gerstenmayer</i></td> </tr> <tr> <td style="vertical-align: top;">1987–1991</td> <td><i>Dr. Richard Jaeger</i></td> </tr> <tr> <td style="vertical-align: top;">1991–1995</td> <td><i>Annemarie Renger</i></td> </tr> <tr> <td style="vertical-align: top;">seit 1995</td> <td><i>Helmut Becker</i></td> </tr> </table>	1977–1986	Prof. D. Dr. <i>Eugen Gerstenmayer</i>	1987–1991	<i>Dr. Richard Jaeger</i>	1991–1995	<i>Annemarie Renger</i>	seit 1995	<i>Helmut Becker</i>
1977–1986	Prof. D. Dr. <i>Eugen Gerstenmayer</i>								
1987–1991	<i>Dr. Richard Jaeger</i>								
1991–1995	<i>Annemarie Renger</i>								
seit 1995	<i>Helmut Becker</i>								
Anschrift	Coburger Straße 23, 53113 Bonn, Tel. 23 01 55, Fax. 23 74 44								
Mitgliederstruktur	z. Zt. 522 Mitglieder								
Bedingungen der Mitgliedschaft	Mitglied des Vereins kann ein ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages oder ein ehemaliges deutsches Mitglied des Europäischen Parlaments werden, dessen Mandat aus keinem anderen Grunde als infolge Beendigung der Wahlperiode oder Verzicht beendet wurde, vorausgesetzt, daß es während oder nach seiner Mandatsausübung keiner als verfassungswidrig festgestellten Vereinigung angehört hat.								

29. Oktober 1954 Tod von Bundestagspräsident *Hermann Ehlers* im Alter von 50 Jahren.
16. November 1954 Wahl von *Eugen Gerstenmayer* (CDU/CSU) zum Bundestagspräsidenten.
28. Januar 1955 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Bereinigung des Reichs- und Bundesrechts.
5. Mai 1955 Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland; Die ratifizierten Pariser Verträge treten in Kraft, das Besatzungsstatut erlischt, die Alliierten Hohen Kommissare werden durch Botschafter ersetzt; die Bundesrepublik Deutschland ist damit souverän.

14. Juli 1961 Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmayer* gibt den Rücktritt des Wehrbeauftragten *Helmuth von Grolman* bekannt.
22. August 1961 Letzte Sitzung des 3. Bundestages
17. September 1961 Wahlen zum 4. Deutschen Bundestag
Gegüber 1957 starker Stimmengewinn bei der FDP (von 7,7% auf 12,8%) und erneuter Stimmengewinn bei der SPD (von 31,8% auf 36,2%); Stimmenverlust bei der CDU/CSU (von 50,2% auf 45,3%), die damit zwar stärkste Fraktion bleibt, aber die absolute Mehrheit verliert, sowie Stimmenverlust bei der FDP (einer Fusion von DP und BHE), die mit 2,8% an der 5%-Klausel scheitert.

4. Wahlperiode (1961–1965)

17. Oktober 1961 Eröffnungssitzung des 4. Deutschen Bundestages; Vorsitz: Alterspräsident *Robert Pferdmenges*
Wiederwahl von *Eugen Gerstenmayer* (CDU) zum Bundestagspräsidenten
Wahl der Vizepräsidenten:
Carlo Schmid (SPD)
Richard Jaeger (CSU)
Thomas Dehler (FDP)
Erwin Schoettle (SPD)

17. Oktober 1965 Ende der 4. Wahlperiode

5. Wahlperiode (1965–1969)

19. Oktober 1965 Eröffnungssitzung des 5. Deutschen Bundestages; Vorsitz: Alterspräsident *Konrad Adenauer*
Wiederwahl von *Eugen Gerstenmayer* (CDU) zum Bundestagspräsidenten (bis 31. Januar 1969)
Wahl der Vizepräsidenten:
Carlo Schmid (SPD) (bis 1. Dezember 1966)
Richard Jaeger (CSU) (bis 26. Oktober 1965)
Thomas Dehler (FDP) (bis † 21. Juli 1967)
Erwin Schoettle (SPD)

31. Januar 1969 Amtsniederlegung von Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmayer* (CDU) nach öffentlichen Auseinandersetzungen über die Inanspruchnahme von ihm rechtlich zustehenden Wiedergutmachungsleistungen.
5. Februar 1969 Wahl von *Kat-Uwe von Hassel* (CDU) zum Bundestagspräsidenten (bisher Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte).
7. Februar 1969 Ernennung von *Heinrich Windelen* (CDU/CSU) zum Vertriebenenminister als Nachfolger von *Kat-Uwe von Hassel*.

13. März 1986 Tod des früheren Bundestagspräsidenten *Eugen Gerstenmayer* (CDU) im Alter von 79 Jahren.

Hier als “Fruchtbarkeits- / Lebensrune“ bezeichnetes Symbol, ‘zierte‘ auch die NSDAP-Mitgliedskarten – von eingezogenen Wehrmachtssoldaten - im Fall deren Todes – zusätzlich mit einer > Todesrune < bestempelt – nun Öffnung nach unten .

Hakenkreuz-Spuren,

2008

Teil der Runen-Sequenz war ein Hakenkreuz. Obwohl es 1945 entfernt wurde, ist sein Umriss bis heute erkennbar.

Fruchtbarkeits-Rune,

2008

Sie galt als »Sinnbild für Geburt.



Abb. aus der Darstellung > Lutherkirche < [1937] in Hamburg Wellingsbüttel von den Hamburger Architekten Bernhard Hopp [1893 -1962] und Rudolf Jäger [1903-1978] erbaut die ab 1935 zahlreiche Kirchen im ‘Heimatschutzstil‘ errichteten [Born, am Darß, Holzkonstruktion mit Reetdach / Lukaskirche, HH-Fuhlsbüttel / St. Jürgen-Kirche, List auf Sylt / Johanneskirche, Hamm]. “Nach 1945 planten sie den Wiederaufbau mehrerer Kirchen, darunter die Hamburger Hauptkirche St.Jacobi und wirkten am Bau mehrerer der Hamburger Grindelhochhäuser mit. Bernhard Hopp war 1945–50 kommissarischer Denkmalspfleger in Hamburg“. Der >> Wotanswedel << schmückt auch Wellingsbütteler Häuser aus jener Zeit, in stilisierter Form sogar neuere Villen. Die >> Fruchtbarkeits-Rune << findet sich z.B. im Emblem der NS-Frauenschaft. [n.: p. 46 / 47 :]

Stefanie Endlich, Monica Geyler-von Bernus, Beate Rossié [Hrsg.] – Christenkreuz u. Hakenkreuz – Kirchenbau u. sakrale Kunst im Nationalsozialismus, B., Metropol, 2008.

Prof. Dr. Kurt Meier, [*1927] der v. 1961–1992 Kirchengeschichte & kirchl. Zeitgeschichte an der Univers. Leipzig lehrte – nimmt in d. Nov. ¹1992, ^{Überarb.} 2001, ²2008 – erschienen Edition “Kreuz u. Hakenkreuz / Die evang. Kirche im Dritten Reich“ – auf Prof. Dr. E. Gerstenmaier keinen Bezug. Prof. Meier, “seit 1948 Mitglied der FDJ, gehörte als Student zu einem Kreis, der sich für die „Heranbildung einer fortschrittlichen Theologenschaft in der Kirche“ einsetzte. 1957 trat er als „IM Werner“ in d. Dienst d. Ministeriums für Staatssicherheit u. berichtete bis zum Ende d. DDR über Angelegenheiten der Fakultät und über Kontakte mit Fachkollegen in d. BRD. 1989 erhielt er die Humboldt-Medaille in Gold.“ [wikyped., 9.12.'14] Dessen DDR-Studium spricht gegen vorausgehende Mitgliedschaften in NSDAP-, einer NS-Gliederung oder einem angeschlossenen Verband; Zuarbeit dem MfS stellte “Einstieg“ & Ansatz zur Klärung der Zusammenarbeit & Agitation der Kirchen dar.

http://www.uni-leipzig.de/uni_geschichte/professorenkatalog/leipzig/Meier_1223.pdf

<https://portal.dnb.de/opac.htm?method=simpleSearch&cqlMode=true&query=idn%3D130184659>